

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonntag
25. Februar 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des 50 Pfennig Reichsmarkes in Reichsmark „kleine Anzeigen“ des Verlegers (Wort 25 Pfennig) (täglich zwei teigebundene Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengründer das erste Wort 15 Pfennig jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienfragen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, monatlich von 6-7, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verleger: Tönnies 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbuchkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volksr. 65 Diskontokonto-Gesellschaft, Depotkassen Lindenstr. 3

Ungarn und der Völkerbund.

Was tut Deutschland.

Ungarn ist beim Waffenschmuggel ertappt worden. Das heißt, um das gleich vorweg zu nehmen, Ungarn hat etwas getan, was bei anderen Ländern etwas durchaus Verbotenes wäre und nur bei den Besiegten etwas Verbotenes, weil Vertragswidriges ist. Dabei ist Ungarn erwisch worden. Es hat sich ungeschickt herauszuschwindeln versucht, ja es hat versucht, dem Völkerbund auf der Nase herumzutanzten. Es hat unter dem lächerlichen Vorwand, der Adressat der Sendungen sei nicht zu ermitteln, gegen den Einspruch des Vorsitzenden und des Generalsekretärs des Völkerbundes eine Versteigerung der zuvor „unbrauchbar gemachten“ Waffen vorgenommen und damit den Verdacht genährt, die Waffen könnten alsbald wieder in durchaus brauchbarem Zustande ihren Weg zu dem unbekanntem Adressaten finden.

Bei den Nachbarn Ungarns, bei der Kleinen Entente, aber auch in Österreich ist die Unruhe groß. Frankreich nimmt sich, seiner traditionellen Politik folgend, diese Nachbarn an, der geschäftsführende Vorsitzende des Völkerbundes, der Chinese Tschenglo, hatte eine Besprechung mit Briand. Die französische Presse fordert eine förmliche Untersuchung gegen Ungarn, wie sie laut Friedensvertrag auf Beschluß einer Ratsmehrheit vorgenommen werden kann und wird bei Deutschland lebhaft um Unterstützung.

Die Antwort, die ihr in der deutschen Rechtspresse erteilt wird, ist mehr als frohlich. Hier bricht das Gefühl der Solidarität der besiegten Staaten durch, hier wird die Sorge geäußert, Frankreich wolle den Apparat der Investigationen nur in Gang setzen, um ihn auch gegen Deutschland gebrauchlich zu können.

Man kann für diese Gefühle und Sorgen Verständnis haben, und wird doch zu dem Ergebnis kommen, daß es für Deutschland unmöglich ist, sich mit Ungarn zu solidarisieren. Ungarns Vertragsverletzung hat offen zutage. Deutschland aber als Ratsmacht hat mit dafür zu sorgen, daß die Vertragskolonnen sich nicht auch respektieren. Deutschland muß selbst diese Verträge respektieren und sich dabei große Beschränkungen auferlegen, es kann nicht den Schutzherrn über ein Land spielen, das es

mit seinen Verpflichtungen weniger ernst nimmt. Deutschland kann nicht für ein unmögliches Recht des Aufrüstens von hinten her, ein anderes eintreten, ohne den Verdacht auf sich zu laden, es verfolge selber die gleichen Pläne. Dadurch aber würde es die starke Stellung aufgeben, die es jetzt in der Abrüstungs- wie in der Räumungsfrage innehat.

Deutschland war im Jahre 1923 so vernünftig, ein italienisches Angebot auf Belieferung mit Waffen abzulehnen. Ungarn war so leicht, auf dieses zweifelhafte Geschäft einzugehen. Deutschland hat keinen Grund, für Ungarn die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Die Versteigerung der Schmuggelwaffen.

Wien, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Am Freitag vormittag hat in Szent-Gothard die Versteigerung der italienischen Munition stattgefunden. Aus Budapest waren Vertreter des Betriebs- und Finanzministeriums anwesend. Die fünf Waggons Kriegsmaterial waren in großen Haufen aufgeschüttet. Der Beginn der Versteigerung verzögerte sich, weil offenbar noch mit Budapest verhandelt wurde, ob die Versteigerung trotz des Verbots des Völkerbundes vorgenommen werden solle. Mit zweifelhafte Verzögerung begann dann die Versteigerung, zu der österreichische und ungarische Eisenhändler anwesend waren. Schließlich kauften ungarische Eisenhändler das Material, die nachher sagten,

daß ihnen jedenfalls die Gewehre von der ungarischen Regierung wieder abgenommen werden würden.

Das ganze Material war höchst unvollständig; es war kein einziges Maschinengewehr komplett. Man hat daraus den Schluß gezogen, daß entweder die Sendung unvollständig war oder, was wahrscheinlicher ist, wichtige Gewehrbestandteile vorher zerstört und vor der Versteigerung beseitigt worden waren. Das ganze Waffenmaterial gehörte dem Typ 7/12 Steyr; es ist also Fabrikat aus der Zeit vor dem Weltkrieg und wahrscheinlich als Kriegsbeute nach Italien gekommen.

Bürgerblocks Abschiedssegens.

Was der Nachtragsetat bringt.

Kurz vor seinem Abgang präsentiert der Bürgerblock dem Volk die letzte Rechnung. Dem Reichsrat liegt jetzt der lange angekündigte Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1927 vor. Er enthält Mehrausgaben von 596 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Gehalts- und Lohnerhöhungen sowie die Erhöhung der Ruhegehälter und Kriegsrenten 172 Millionen. Für die Barzahlungen nach dem Kriegsschadenschlußgesetz sind 160 Millionen erforderlich. Der Fürsorge für Grenzgebiete dienen Ausgaben in Höhe von 81 Millionen. Für Sozial- und Kleinrentner sind 25 Millionen vorgesehen, während weitere 23 Millionen für die Verringerung der Unwetterhäden und ähnliche Notstandsmahnahmen bestimmt sind. Die Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes erfordert 44 Millionen. Für die Abgeltung von Länderansprüchen sind 56 Millionen eingesetzt, 25 Millionen entfallen auf sonstige Ausgaben der Ministerien und schließlich 7 Millionen auf die Abwicklung der berüchtigten Rhebus-Affäre.

Diese gewaltigen Mehrausgaben kann das Reich nur tragen, weil es im Jahre 1927 180 Millionen bei den Kosten der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge erspart hat, und weil die Steuererträge um 702 Millionen Mark gestiegen sind. Da von diesen 702 Millionen 126 Millionen auf die Länder entfallen, so verbleiben dem Reich 576 Millionen. Wird hieron der Mehrbedarf von rund 416 Millionen gedeckt, so ergibt das Rechnungsjahr 1927 immer noch einen Ueberschuß von 160 Millionen, der zur Deckung des Gebührens im Haushalt für 1928 dienen soll.

Es entsteht dadurch der Eindruck, als ob der Stand der Reichsfinanzen günstig sei. Das Gegenteil ist der Fall, und nur mit großer Sorge kann man der Zukunft entgegensehen. Aber das ist nur die Sorge derjenigen, die für das Schicksal des ganzen deutschen Volkes eine ernste Verantwortung empfinden und verhindern wollen, daß das deutsche Volk zum dritten Male durch eine leichtsinnige Finanzpolitik in Katastrophen hineingetrieben wird. Das ist jedenfalls nicht die Sorge des Rechtsblocks. Er denkt nur daran, wie er sich noch vor seinem Ende durch Geschenke möglichst populär machen und seine Wahlausichten verbessern kann.

Das ist der einzige Sinn des Notprogramms, über das man sich im einzelnen noch nicht klar ist und dessen Kosten noch nicht im Nachtragsetat enthalten sind. Dabei handelt es sich um Beträge von rund einer Viertelmilliarde Mark, die man also in den bereits gewaltig überlasteten Hauptetat für 1928 einstellen will. Es gibt keinen besseren Beweis für die Leichtfertigkeit des Rechtsblocks, als diese Handlungsweise. Der Reichsetat für 1928 ist bereits jetzt ein Defizitetat. Wird er mit weiteren Riesensummen belastet, so wird das auch äußerlich in die Erscheinung treten. Solange der Rechtsblock glaubte, daß er bis in das Spätjahr 1928 hinein regieren würde, wollte er das verhindern. Jetzt, wo er mit seinem baldigen Ende rechnet, hofft er, die Verantwortung für die Auswirkungen seiner leichtsinnigen Finanzpolitik seinen Nachfolgern zuschieben zu können und dadurch auch noch politischen Gewinn zu erzielen.

Weit interessanter als die Ausgabenseite des Nachtragsetats ist seine Einnahmeseite. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sie, wie brutal die Steuerpolitik des Rechtsblocks gewirkt hat, welche Riesensummen aus den gering entlohnten und kümmerlich sich ernährenden unteren Volksschichten herausgepreßt werden. War schon bisher der Anteil an den öffentlichen Lasten, den die Massen des Volkes zu tragen haben, sehr hoch, so wird der Rechtsblock den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, ihn noch gewaltig gesteigert zu haben. Den besten Beweis dafür enthält die folgende Aufstellung über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben:

	früherer Voranschlag	jetzt Voranschlag	Das ist ein Mehr von
	in Millionen Mark		
Gesamtertrag	7 750	8 452	702
Davon:			
Massenbelastung	4 870	5 493	623
Befreiung	2 880	2 959	79

Die Gesamtbelastung ist also um 702 Millionen gestiegen. Aber nur 79 Millionen davon entfallen auf Befreiungen. Die Vermögenssteuer bringt 18 Millionen, die Erbschaftsteuer sogar 30 Millionen weniger als der Voranschlag! Trotzdem will der Bürgerblock den Be-

Zimmer neue Gegensätze in Genf.

Auch über die Schiedsgerichtsbarkeit.

Genf, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die Freitagssitzung des Sicherheitskomitees fand wegen Erkrankung von Benech unter dem Vorsitz des schwedischen Vizepräsidenten Lindén statt. Es wurde darüber diskutiert, ob es ratsam sei, einen Kollektivschiedsvertrag auszuarbeiten oder ob Modelle zweifelhafte Schiedsverträge notwendig seien. Belgien und der Grieche Politis waren für beide, England und Italien weder für das eine noch das andere. Der Japaner hat nichts gegen Modellverträge einzumenden, ließ aber ebenso wie England und Italien keinen Zweifel daran, daß er einem allgemeinen Schiedsvertrag nicht beitreten würde. Unden wies das Redaktionskomitee an, beides auszuarbeiten. Deutschland teilte zum nächsten Punkte „Beitritt zu der Fakultativklausel (§ 36) des ständigen internationalen Gerichtshofes“ mit, daß es seinen Beitritt baldigst ratifizieren werde. Frankreich lehnte seinen Beitritt wiederum ab. Paul Boncour erklärte, das Ergebnis der Arbeit für einen generellen Schiedsvertrag abwarten zu müssen. Das Redaktionskomitee wurde beauftragt, Vorbehalte und Ausnahmen zu entwerfen, die einer größeren Anzahl von Staaten die Zustimmung ermöglichen. Der Entwurf dieses allgemeinen Schiedsvertrages wurde von Italien abgelehnt, von England im einzelnen kritisiert. Italien und Holland fürchteten Kollusionen mit der Rolle des Völkerbundesrates als Schlichter. Kanada, Chile und Deutschland dagegen traten lebhaft für einen Ausbau des Schlichtungswesens ein. Der deutsche Vertreter von Simson verwies auf seine Deutschrift, in der Deutschland ein generelles Schlichtungswesen von zweifelhafte Verträgen bejaht hat.

Auch hier wurde ein Entwurf vom Redaktionskomitee gewünscht. In diesem Komitee, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagt, werden die Hauptkämpfe entschieden werden. Man weiß schon von der ersten Sitzung, die am Freitag vormittag stattfand, daß lebhaft Auseinandersetzungen stattfanden. Es ging um die sogenannten „guten Dienste“ des Rates, wie weit der Rat den Abschluß von Sicherheitsverträgen empfehle und auf Deutschland einen Druck ausüben sollte. Deutschland wehrte sich dagegen, daß der Rat mit der Empfehlung regionaler Sicherheitsverträge beauftragt werde. Nach den Reden Serbiens und Polens in der Generaldebatte fürchtete man, daß diese Sicherheitspakte im § 19 des Völkerbundesstatutes eine endgültige Fests-

legung und Garantierung des heutigen Weltbildes bezwecken sollen.

Die Erklärung des französischen Vertreters, daß Frankreich der Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichtshofes noch nicht beitreten könne, ist um so merkwürdiger, als Briand im September 1927 Stresemann vor zahlreichen Zeugen beglückwünschte, weil er in seiner Rede den Beitritt Deutschlands zur Fakultativklausel angekündigt hatte. Frankreich selbst lehnt aber diesen bedingungslosen Beitritt noch immer ab! Uns scheint, daß gegenwärtig Deutschland auf dem Gebiete der Sicherheit unvergleichlich mehr an praktischen Anregungen und an konkreten Taten leistet, als Frankreich, obwohl die Sicherheit zum Steckenpferd der französischen Politik in Genf geworden ist.

Rom tobt über Wien.

Mussolini wird im Parlament antworten!

Die römische Presse tobt über die vorgestrige Kundgebung des österreichischen Nationalrates für Südtirol. So beansprucht die „Tribuna“ für Italien das unbedingte Recht, im Interesse der Sicherung seiner Brennergrenze die deutsche Minderheit in Südtirol einfach „abzuschaffen“!

Die Angelegenheit wird im Nachspiel im sogenannten italienischen Parlament haben. Die offizielle Stefani-Agentur meldet aus Rom, daß eine Gruppe von Abgeordneten in der Kammer eine Anfrage eingebracht hat, in der sie Mussolini um Mitteilung seiner Auffassung über die „schamhafte Sachlage“ erfuhr, die sich im österreichischen Nationalrat abspielte und über die von verantwortlichen österreichischen Kreisen betriebene unerschämte Lügenkampagne gegen die einfache Anwendung der italienischen Gesetze in der italienischen Provinz Bozen. Es wird gefragt, ob es nicht angebracht sei, in diesen Kundgebungen künftig eine unerträgliche Einmischung eines fremden Staates in die innere italienische Angelegenheit zu erklären.

Wie die Blätter melden, wird Mussolini bei dem bevorstehenden Parlamentsbeginn diese Anfrage beantworten. Das kann ja nett werden!

folgenden weitere 41 Millionen Mark Vermögenssteuern schenken. Dagegen sind die Rassensteuern um 623 Millionen gestiegen; die Lohnsteuer allein um 155 Millionen, die Zölle um 365 Millionen, die Tabaksteuer um 80 Millionen, die Biersteuer um 27 Millionen. Nur die Zuckersteuer weist infolge der Senkung des Steuerjahres einen Rückgang von 50 Millionen auf. Alles in allem eine gewaltige Steigerung derjenigen Steuerlasten, die auf dem Arbeitseinkommen ruhen oder den Verbrauch belasten und verteuern. Die unsoziale Steuerpolitik, die der Rechtsblock gegen den Widerstand der Sozialdemokratie durchgesetzt hat, ist also noch verschärft worden.

Das Gesamtergebnis ist klar: Der Anteil der sozialen Ausgaben an den Reichslasten ist verringert worden. Dafür wurden die Aufwendungen gesteigert und sollen noch weiter gesteigert werden, die dem Volk, besonders den Großagrariern zugute kommen. Zu den Einnahmen aber tragen diese Kreise fast gar nichts, der Besitz insgesamt viel weniger bei als die Lohnbezieher, die von Jahr zu Jahr stärker belastet werden und die die Kosten für die letzte Tat des Bürgerblocks tragen sollen.

Das Hergt-Dementi.

Eine sehr sonderbare Angelegenheit.

Am Donnerstag früh berichtete der „Berliner Lokal-Anzeiger“ über ein „politisch sehr wichtiges Gespräch“ des deutschen Bizekanzlers Hergt mit dem Afghanenkönig Amanullah. Die Veröffentlichung war, wie jetzt feststeht, ohne Genehmigung des Gastes erfolgt, und schon das war eine grobe Taktlosigkeit. Noch mehr mußte der Inhalt Fremden erregen. Denn da war erzählt, wie Herr Hergt sich beim Afghanen über die Lasten des Versailles Vertrags beklagte, die Deutschland verhinderten, ebenso prunkhafte und freudige Empfänge zu veranstalten wie Paris und Rom. Dem Lande Afghanistan soll der Bizekanzler die deutsche Sympathie für seinen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit ausgesprochen haben, obwohl sich dieser Kampf gegen England richtet, das Amanullah jetzt eben auch besuchen will. Alles in allem war das Gespräch — oder der Bericht darüber — in seiner Art ein Kunststück: denn es war keine Ecke übersehen, an die man anstoßen, und kein Fettnäpfchen vergessen, in das man treten konnte. Wilhelm selbst, der Held der „Daily-Telegraph“-Affäre, hätte es nicht besser machen können.

Run ist dieses Gespräch in feierlicher Form „amtlich“ dementiert worden. Aber keineswegs sofort, sondern erst nach anderthalb Tagen und nachdem die Linkspresse Lärm geschlagen hatte. Auch die Art, wie der Dementierapparat in Bewegung gesetzt wurde, war seltsam. Denn zunächst wurde am Donnerstagabend der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß der letzte Satz im „Lokal-Anzeiger“-Bericht nicht stimme. Jedermann mußte daraus schließen, daß der Bericht im übrigen richtig sei. Dann in den ersten Nachmittagsstunden des Freitag entschloß man sich dazu, auch alles übrige zu dementieren. Dadurch wird die Glaubwürdigkeit beider Dementis auf keinen Fall erhöht.

Es heißt sich aber noch etwas anderes, sehr Seltsames. Amtlich wird erklärt, Hergt habe keinerlei Mitteilung an die Presse gegeben, sondern „lediglich der Reichspresseabteilung eine kurze mündliche Orientierung über die Tatsache seines Empfangs und den Inhalt seiner Rede“ gegeben. Dieser Bericht war aber, wie jetzt amtlich erklärt wird, falsch. Also ist auf dem Wege über die Reichspresseabteilung eine solche, außenpolitisch schädliche Nachricht in die Presse gelangt? Oder muß die arme Reichspressestelle für die Wölfe, die sich über Herrn Hergts Haupt zusammenzogen, als Blühblätter dienen?

Das Seltsame von allem: Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ sowohl wie die Hugenbergische Nachtausgabe haben von der amtlichen Ablehnung mit keiner Zeile Notiz genommen. Wieder ein Rätsel: Reicht der Einfluß der Regierung auf das größte Blatt der deutschnationalen Regierungspartei nicht einmal soweit, daß es von ihren Berichtigungen Notiz nimmt? Will der „Lokal-Anzeiger“ durch sein Schweigen zu verstehen geben, daß er seinen Bericht trotz aller amtlichen Erklärungen aufrecht erhält?

Sei es, wie es sei. Wenn Hergt das Gebiet der Außenpolitik berührt, gibt es immer ein Unglück.

Die Kritik wirkt.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Luftverkehr.

Am Freitag hat der Beirat für das Luftfahrwesen getagt. Ueber die Tagung ist ein offizieller Bericht ausgegeben worden, der trotz aller Deutlichkeit erkennen läßt, daß unsere Kritik wirkt. Der Bericht sagt:

„Der Beirat für das Luftfahrwesen trat heute zu einer Sitzung im Reichsverkehrsministerium zusammen. Er nahm zunächst die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Ozeanflügen in technischer, meteorologischer, organisatorischer und finanzieller Hinsicht entgegen.“

Mit den Maßnahmen des vom Reich geförderten Organisationsausschusses für die Internationale Luftfahrtausstellung 1928 erklärte sich der Beirat einverstanden. Sodann nahm der Beirat Berichte über die finanziellen Auswirkungen der Verwendung großer Flugzeuge beim heutigen Stand der Technik und über die Gründe der Zuschußbedürftigkeit des Luftverkehrs entgegen; unter den anwendenden Sachverständigen aus den verschiedenen Zweigen der Luftfahrt entspann sich eine lebhafte Aussprache über technische und organisatorische Maßnahmen zur Weiterentwicklung.

Der Beirat billigt das bisherige Verfahren des Ausbaus und der Förderung des Luftverkehrs durch Beihilfen, ersucht aber die Reichsregierung, ihr Hauptaugenmerk auf die wissenschaftliche und technische Weiterentwicklung des Luftfahrzeugbaues zur wirtschaftlichen Ausgestaltung des Luftverkehrs zu richten, wie es im Haushaltsplan für 1928 bereits in Aussicht genommen worden ist.“

Mehr Wirtschaftlichkeit im Luftverkehr — das ist die Forderung aller ernsthaften Kritiker, gegen die sich die maßgebenden Herren des Verkehrsministeriums bisher verschlossen haben.

Es stimmt nicht, Herr Groener!

Ein Groener-Dementi nach Geßlerart.

Heussheim, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Wir hatten vor einiger Zeit gemeldet, daß in der Braunschweiger Reichswehr völkische Offiziere wieder singen, wie „Schmeiß sie raus, die Judenbande“, „Hakenkreuz am Stahlhelm“ usw., daß die Jazzbandkapelle der Reichswehr an Stahlhelmfestlichkeiten gegen Entgelt teilnahm und daß der Oberleutnant Heinemann vom General Hege gefaßt hat, er sehe wie ein Küchenunteroffizier aus.

Reichswehrminister Groener hat bereits im Haushaltsausschuß des Reichstags Aufklärung gegeben. Er versicherte, daß dieses Wort des Oberleutnants Heinemann von einem „Kommunisten“ Wienekamp verbreitet worden sei und daß Heinemann die Äußerung nicht getan habe. Wegen des Singens verbotener Lieder sei Heinemann mit 10 Tagen Stubenarrest bestraft worden.

Der Reichswehrminister Groener ist anscheinend von den Braunschweiger Reichswehroffizieren falsch unterrichtet worden. Etwa 30 Mann haben die Äußerung des Oberleutnants Heinemann gehört. Die Untersuchung ist leider auf dem Kasernenhof erfolgt. Der Kompanieführer, Hauptmann Schaar, forderte diejenigen auf, die die Äußerung gehört haben wollten. Aus Furcht vor Strafe ist niemand vorgetreten. Wie berechtigt diese Angst ist, geht daraus hervor, daß jetzt zwei Mann zu je drei Wochen schweren Arrest verurteilt worden sind, weil sie die Behauptung über den Oberleutnant Heinemann verbreitet haben sollen!

Es ist also viel gefährlicher in der Reichswehr der Republik, Uebergriffe völkischer Offiziere zu melden, als sich verfassungsmäßig zu betätigen.

Die Landwirtschaft kann warten!

Deutschnationale Demagogen verschleppen die Beratung von Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

In der Sitzung des Preussischen Staatsrats am Freitag spielte sich ein bezeichnender Vorfall ab. Auf der Tagesordnung stand die förmliche Anfrage der Staatsratsmitglieder Freiherr von Gagl und Genossen, Dr. Adenauer und Genossen, betreffend Hebung der Not der Landwirtschaft. Im Wirtschaftsausschuß war die Angelegenheit auf Betreiben des deutschnationalen Staatsratsmitgliedes Graf v. Renjerling nicht beraten worden, mit der jüdisch-jüdischen Begründung, der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger sei nicht erschienen und habe auch keinen Vertreter entsandt. Abgesehen davon, daß die Staatsregierung nicht gezwungen werden kann, in den Ausschuß Vertreter zu senden, hatte der preussische Landwirtschaftsminister schriftlich ausführlich die Anfrage beantwortet.

Unsere Genossen hatten nachstehend einen ausführlichen Antrag zu der Anfrage der Arbeitsgemeinschaft Freiherr v. Gagl und Genossen eingebracht, der den Gedankengängen des sozialdemokratischen Agrarprogramms entspricht. Im Plenum beantragte nun Genosse Dr. Caspari, die Angelegenheit auf die Plenarsitzung des Staatsrats am Samstag zu legen, zumal ja gerade nach den Auslassungen der Deutschnationalen Partei und der ihr nahestehenden Wirtschaftsvorstände gar nicht schnell genug über die Behebung der Not der Landwirtschaft beraten und beschlossen werden könne.

Aber das, was alle erwarteten, trat ein. Den Deutschnationalen vertreten durch Freiherrn v. Gagl und Graf v. Renjerling, lag nichts an sachlicher Beratung; sondern ihnen kommt es nur auf weitere wüste Agitation und Hege gegen die preussische Staatsregierung an. Sie beantragten Vertagung bis zur nächsten Sitzung (das ist der 20. März d. J.) und sehr bescheidenweise trat auch der Zentrumssprecher, ein westfälischer adliger Großgrundbesitzer, Freiherr v. Dec, für den Antrag v. Gagl auf Vertagung ein.

Es ergab sich das Schauspiel, daß der Antrag unserer Parteigenossen, die deutschnationale Anfrage über die Hebung der Not der Landwirtschaft noch in dieser Session des Staatsrats zu behandeln, abgelehnt wurde, weil die deutschnationale Demagogie und das Agitationsbedürfnis des Landbundes es so fordern! Die kleine und mittlere Landwirtschaft wird aus diesem bezeichnenden Vorgang ihre Lehren ziehen können.

Not oder Hege?

Wozu die Bauern mißbraucht werden.

Eine Landbundkundgebung in Prißmar, die von dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten v. Winterfeld inszeniert worden war, nahm eine Entschickung an, in der es heißt:

„Daher, so rufen wir den Bauern in ganz Deutschland zu: Bernest neben euren wirtschaftlichen Sorgen den Kampf des Geistes nicht. Arbeitet und kämpft, daß jeder einzelne von euch erlöst werde von dem Geiste des Widerstandes gegen den Marxismus und die kesselförmige, wurzellose Großstadt, die euch Söhne und Enkel stiehlt und entfremdet. Kämpft mit den Mitteln des Wohltätigen, die Zeit dazu steht nahe bevor, werdet aber auch geistig bereit, mit euren Weibern den Kampf zu führen, der euch vielleicht bald aufzuzwingen wird. Den dunklen Mächten aber, die heute Staat und Volk zugrunde richten, denen ruhen wir entgegen: Gnade euch Gott ihr Volkserbender, wenn der Bauer aufsteht im Lande!“

Es geht den Landbündlern nicht um Hebung der landwirtschaftlichen Not, sondern um verbrecherische Hege. Das ist klar. Aber wer sind die „dunklen Mächte, die Staat und Volk zugrunde richten, die Volkserbender“? Regiert nicht der Bürgerblock, ist Herr Schiele nicht Landbundesminister?

Der letzte Bürgerblockritter.

Bestarp für „eingehende und kritische Prüfung“ des Notprogramms.

Graf Bestarp gibt Parolebefehle für die kommende Beratung des Notprogramms. In einem Artikel in der „Kreuzzeitung“ meint er der zerfallenen Koalition eine Träne nach:

„Eine durch das Schutzgesetz geistigte Koalition wäre auch durchaus in der Lage gewesen, nach den französischen Bahnen erfolgreich zu verhandeln. Daher haben wir ebensoviele aus allgemein politischen Gesichtspunkten, wie um des Schutzgesetzes selbst willen, uns bis zuletzt rückhaltlos für die Einigung eingesetzt.“

Erfolgreiche außenpolitische Verhandlungen einer sterbenden Regierung, die mit Politikern von der Art des Bizekanzlers Hergt belastet ist — dies Experiment und sein Scheitern wird Deutschland hoffentlich erspart werden.

Graf Bestarp hat indessen eine letzte Hoffnung — daß die Beratung des Notprogramms bis Ende März nicht beendet sein wird. Er kündigt an:

„Das vaterländische Interesse erfordert die Einigung über das Notprogramm. Das Arbeitsprogramm selbst, um das es sich dabei handelt, wird eingehend und kritisch zu prüfen sein, sobald es in der nächsten Woche vom Bizekanzler Hergt in einer Regierungserklärung dargelegt sein wird, und die Fraktionen dazu Stellung genommen haben werden.“

Das eröffnet angenehme Aussichten! Die unendlichen Fraktionsberatungen des Bürgerblocks über das Notprogramm vor der Meinung der Krise waren also nur Vorbesprechungen, denen die „eingehende und kritische Prüfung“ durch die Fraktionen erst nachfolgen soll.

Man merkt die Absicht, die zerbrochene Koalition mit Hilfe des Notprogramms als „unteilbares Ganze“ so lange wie möglich noch hinzuschleppen, um das Ende des Bürgerblocks hinauszuschieben.

Denn an die Wiederkehr des Bürgerblocks glaubt selbst die „Kreuzzeitung“ nicht mehr. Vor einer Woche rief sie den Deutschnationalen, den Wahlkampf auf Rückkehr zur Opposition einzustellen. Graf Bestarp dagegen proklamiert heute: Wahlkampf für den Bürgerblock! Als der letzte Getreue einer sterbenden Koalition, der das Unmögliche wenigstens gemollt haben will.

Hilfsstruppen für Deutschnationale.

Der Reichstagsabgeordnete Hepp, Präsident des Reichslandbundes und Mitglied der Deutschen Volkspartei, hat sich der neugegründeten Christlich-nationalen Bauernpartei angeschlossen.

Ueber den Charakter dieser Partei besteht keinerlei Zweifel. Nach der Wahl werden sich ihre Abgeordneten der deutschnationalen Reichstagsfraktion anschließen, wie seinerzeit die Abgeordneten der Landliste, die dem gleichen Zweck diene.

Reichstag am 27. Februar.

Die nächste Vollversammlung des Reichstags ist jetzt endgültig auf Montag, den 27. Februar, 15 Uhr, anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltsplans des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Bayerische Koalitionskrise.

Bauernbund und Volkspartei unachgiebig — Der Beamtenbund will demonstrieren.

München, 24. Februar.

Die Schwierigkeiten, die sich der Schaffung der bayerischen Beamtenbefolgsordnung entgegenstellen, haben sich heute noch dadurch verschärft, daß die Landtagsfraktion des Bayerischen Bauernbundes endgültig beschlossen hat, auf ihrer Ablehnung einer Gehaltserhöhung für die höheren Beamten zu bestehen. Diese Entscheidung wurde im Laufe des Nachmittags dem Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei übermittelt. Eine geplante Besprechung mit den Führern des Bayerischen Bauernbundes wurde von dem Fraktionsvorsitzenden des Bauernbundes als zwecklos abgelehnt. Die Landtagsfraktion des Bauernbundes beabsichtigt, die Verantwortung dem Landesvorstand der Partei zu überlassen, der für die nächsten Tage einberufen werden soll.

Der Bayerische Bauernbund beabsichtigt gleichfalls seinen Landesvorstand nach München einzuberufen und in großen öffentlichen Kundgebungen zu der Haltung des Bauernbundes Stellung zu nehmen.

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat sich heute nachmittags eingehend mit der kritischen Situation befaßt und ihren Standpunkt als unabänderlich erklärt, daß die bayerische Beamtenbefolgsordnung zwangsläufig an die Reichsbefolgsordnung angepaßt werden müsse, und daß sich die bayerische Regierungskoalition dieser Aufgabe nicht entziehen könne.

Die Autonomienverfolgungen im Elsaß haben von neuem eingeleitet. In Wülshausen wurden am Freitag die zwei Brüder der dortigen Ortsgruppe des Heimatsbundes verhaftet. Es sind dies der ehemalige Redakteur des „Elsässer Kuriers“, Sturm, und der Zivilgenosse Schweizer.

Die Volksschulen in den Kolonien Frankreichs haben nur 450 000 Schüler bei 80 Millionen Bewohnern. Nur in Cochinchina besteht Volksschulpflicht.

Die Aenderung des Betriebsrätegesetzes

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Von C. Aufhäuser.

Das Betriebsrätegesetz hat infolge seiner unklaren Fassung immer wieder zu Umgehungen, oft genug zur Gesetzesfälschung durch die Arbeitgeber geführt. Eine gründliche Novellierung des ganzen Gesetzes wird deshalb zu den dringenden Aufgaben des künftigen Reichstages zählen müssen. Soweit es sich um die Wahlvorschriften handelt, erachteten der ADGB und der IFA-Bund eine sofortige Abänderung des Betriebsrätegesetzes für unerlässlich. Nach dem bisherigen § 23 war es Aufgabe des Arbeitgebers, den Wahlvorstand zu bestellen, wenn die Betriebsvertretung, deren Amtsdauer abließ, es nicht tat oder bisher eine Betriebsvertretung nicht bestanden hatte. Die Arbeitgeber aber, die es unterließen den Wahlvorstand zu bestellen, gingen straffrei aus, denn Strafandrohung konnte nur die Betriebsvertretung stellen. Da in all diesen Fällen eine Betriebsvertretung nicht vorhanden war, so wurde der § 23 schließlich illusorisch und zahlreiche Betriebe sind heute ohne Betriebsvertretung.

Auf Veranlassung der freien Gewerkschaften brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon im Februar 1927 ein Initiativgesetz ein. Es wurde verlangt, daß künftig die Belegschaften das Recht erhalten, den Wahlvorstand selbst zu bestellen, ferner daß die Mitglieder des Wahlvorstandes, die Kandidaten und die ausscheidenden Betriebsratsmitglieder denselben Entlassungsschutz bekommen, der heute den Betriebsratsmitgliedern zusteht.

Die SPD hat es nach wiederholten Versuchen auch noch vor der letzten Reichstagspause durchgesetzt, daß ihr Antrag vom Sozialen Ausschuss und vom Plenum verabschiedet werden konnte.

Die beschlossene Neuregelung sieht vor, daß die Bestellung des Wahlvorstandes künftig durch den Vorsitzenden des Arbeitsgerichts zu erfolgen hat, wenn der Unternehmer ihn nicht bestellt. Den Antrag an das Arbeitsgericht kann jeder Arbeiter oder Angestellte, eine Gruppe von solchen oder eine Gewerkschaft stellen. Ebenso ist auch der Gewerbeaufsichtsbeamte antragsberechtigt.

In den Reichstagsberatungen wurde von der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei heftigster Widerstand gegen das Antragsrecht der Gewerkschaften geleistet. Die Scharfmacher in den Reichsparteien suchten natürlich genau, daß ein Antragsrecht der einzelnen Arbeiter und Angestellten bei Anwendung sofort zu neuen Wahlregelungen führt und nur die unabhängige Gewerkschaft in der Lage ist, in allen Fällen den Antrag auf Bestellung eines Wahlvorstandes an das Arbeitsgericht zu bringen. Das Antragsrecht der Gewerkschaften ist im Reichstag in namentlicher Abstimmung gegen die beiden Reichsparteien beschlossen worden. Damit sind die neuen Wahlvorschriften zum Betriebsrätegesetz überhaupt gegen den Bürgerblock zustande gekommen.

Auch die Strafbestimmungen im § 95 des Betriebsrätegesetzes haben eine Verschärfung erfahren. Bisher erstreckte sich der Schutz der Arbeitnehmer nur auf die Ausübung des Wahlrechts und die Mitgliedschaft im Betriebsrat. Der neue § 95 schützt den Arbeitnehmer in der Ausübung aller sich aus dem Betriebsrätegesetz ergebenden Rechte gegenüber dem Arbeitgeber. Arbeitgeber, die zum Beispiel künftig die Kandidaten zum Betriebsrat oder den Wahlvorstand in der Ausübung ihrer Funktionen beschränken, machen sich einer unerlaubten Handlung schuldig. Auch die Rüge des § 95 ist ausgefüllt worden. Wenn keine Betriebsvertretung vorhanden ist, so kann die Strafverfolgung künftig auf Antrag der Gewerbeaufsicht eintreten.

Diese Aenderungen des Betriebsrätegesetzes sind gewiß noch nicht ausreichend, aber sie bringen endlich die Sicherheit, daß in allen Betrieben wieder Betriebsräte gewählt werden können und die beteiligten Arbeiter und Angestellten gegen Unternehmervandalismus geschützt werden. Die Belegschaften der Betriebe verdanken auch diesen Erfolg in der Arbeitsschutzgesetzgebung ausschließlich der Wirksamkeit der Sozialdemokratie.

Der Fememord an Schmidt.

Oeffentliche Anklage gegen drei Täter und fünf Helfer.

Stettin, 24. Februar.

In der Fememordfrage gegen Heines und Genossen ist jetzt die öffentliche Anklage wegen Mordes erhoben worden, gegen Heines, Otto und Fräbel als Täter, gegen Krüger, Vogt, Bondemer, Bergfeld und Bär wegen Beihilfe zum Mord an Willi Schmidt. Sämtliche Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Die von dem Administrator Bergfeld eingeleitete Haftbeschwerde ist zurückgewiesen worden.

Zustände!

Alles Gerede und Geschwätz zum Einheitsstaat an amtlichen Stellen ist nur Sand in die Augen, solange noch Zustände geduldet werden, wie sie die Enklaven und Enklavenwirtschaft mit sich bringt.

Im Süden von Württemberg liegt das preussische Hohenzollern-Sigmaringen, diese glänzende Karikatur auf die deutsche Einheit. Es hat Zuständigkeitszustände.

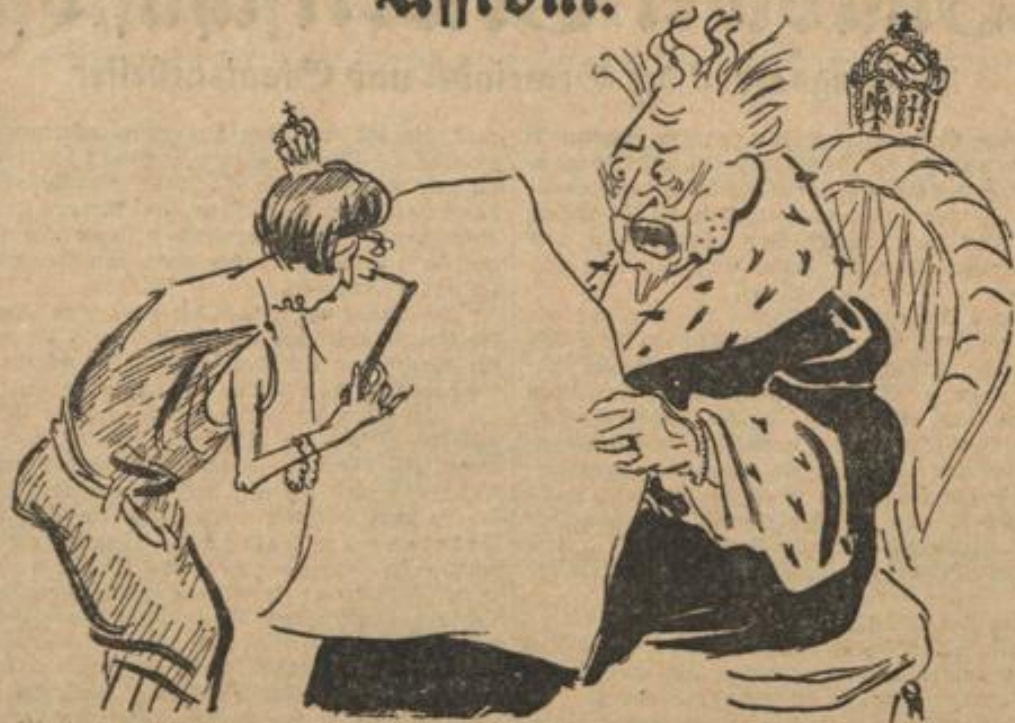
In Schwaben ist zuständig Provinzialschulkollegium Koblenz.

Das Bundeskulturrat ist in Düsseldorf, die Oberbergbehörde in Bonn, das Elham in Köln, die Bergkammer in Koblenz, die Industrie- und Handelskammer in Hanau, und in Justizsachen ist das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. zuständig. Die Fahrt zu jeder Behörde kostet mindestens eine Tagesreise im Schnellzuge.

Verbot einer Wochenchrift. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Wochenchrift "Die Tribüne" auf die Dauer von drei Monaten wegen öffentlicher Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform des Reiches und wegen öffentlicher Herabwürdigung dieser Staatsform durch Beschimpfung von Mitgliedern der republikanischen Regierung verboten.

250 Samanier verhaftet. Nach einer Meldung aus Apla auf Samoa verhafteten dort weiße und samonische Polizisten mit Unterstützung von Marinekräften der dortigen entlandten australischen Kreuzer 250 Mitglieder der Polizei, die von der Mau (Bereinigung der Samanier) organisiert worden waren. Es kam zu fernerlei Säuberungen, doch gelang es Verhafteten auf dem Wege zur Polizeistation in demontrierter Seite ihre Volksgesänge und Schwämme ihre Stöße.

Affront.



„Der Herrgott kopiert bereits meine Laftlosigkeit, soll Ich nun dieser Republik den Krieg erklären oder es auf meine Abfindung drauffchlagen?“

Preußens Vorschläge zum Notprogramm.

Verteilung der Landwirtschaftskredite unter Mitwirkung der Länder.

Im Anschluß an das Arbeitsprogramm der Reichsregierung, das auch Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft vorsieht, und unter Bezugnahme auf die Entschlüsse des Haushaltsausschusses des Reichstages gibt der preussische Landwirtschaftsminister unter Vorbehalt endgültiger Entschlüsse der preussischen Staatsregierung für die Durchführung dieses Arbeitsprogramms eine Reihe von Anregungen, aus denen der Amtliche Preussische Pressedienst das folgende mittelst:

1. Zur Organisation und Förderung des Abzuges von Schlachtvieh und Fleisch sowie von Einrichtungen, die diesen Zwecken dienen, sollen 30 Millionen Mark in den Etat für das Jahr 1928 eingestellt werden.

Der Minister begrüßt diesen Entschluß, er hält es aber für notwendig, daß die Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel der Reichsregierung im Einvernehmen mit einem Ausschuss von Vertretern der Länder übertragen wird. Die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Interessen der einzelnen deutschen Länder macht es erforderlich, die Aktion nicht schematisch für das ganze Reich aufzuziehen, sondern einen Weg zu wählen, der es gestattet, den Wünschen der Länder je nach der Lage ihrer Landwirtschaft und ihren besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden.

2. Zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände der Landwirtschaft soll ein einmaliger Betrag von 30 Millionen Mark in den Etat für 1928 eingestellt werden.

Um auch diesen Fonds möglichst nutzbringend zu verwenden, schlägt der Minister vor, ihn auf die Länder zu verteilen. Als Schlüssel für die Verteilung wird vorgeschlagen, Preußen entsprechend seinem Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Reichesgebietes 65 Proz. dieses Betrages zu überweisen.

3. Zur Verhütung des Niederbruches und zur Sicherung des rationalen Fortarbeitens der landwirtschaftlichen Genossenschaften soll ein einmaliger Betrag von 25 Millionen Mark in den Haushalt für 1928 eingestellt werden.

Wenn wirksame Hilfe gebracht werden soll, wird es notwendig sein, diesen Fonds einer Stelle zuzuleiten, die die Lage des gesamten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens überblickt. Der Minister schlägt deshalb vor, diesen Betrag der Preussischen Zentralgenossenschaftsasse zur Weiterleitung als Beihilfen zur Verfügung zu stellen.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß augenblicklich Ermägungen über die Verstärkung des Grundkapitals der Preussischen Zentralgenossenschaftsasse schweben. Die preussische Staatsregierung hält es für erwünscht, daß sich auch das Reich an der Preussischen Zentralgenossenschaftsasse beteiligt.

4. Die Beihilfen des Reichsausschusses sehen die Anfordernng von Käufern vor, damit die nicht mehr existenzfähigen landwirtschaftlichen Großbetriebe vom Reich für die Zweck der bäuerlichen Siedlung aufgeteilt werden können.

Der Minister stimmt dem Grundgedanken zu, daß besondere Maßnahmen in dieser Hinsicht notwendig sein werden und bemerkt zur Durchführung das Folgende:

Es wird damit zu rechnen sein, daß mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Landwirtschaft in nicht ferner Zeit ein übernormal starkes Angebot auf dem Gütermarkt einsehen wird. Dies gilt sowohl für den Kauf wie den zur Neuverpachtung angebotenen Landbesitz. Für die allgemeine Volkswirtschaft würden nachteilige Folgen nicht zu vermeiden sein, wenn man dieses Angebot sich unreguliert auswirken lassen wollte. Die nachteiligen Folgen würden sich namentlich darin zeigen, daß die Güterpreise allgemein stark absinken würden, und daß im Zusammenhang damit die Realkredite und die Personalkredite erschüttert würden. Die weitere Folge wäre unter Umständen auch eine Erschütterung der Kreditinstitute, vor allem der Personalkreditinstitute selbst. Nach den Erfahrungen bei früheren schweren Agrarkrisen schelten dem Minister sogar Realkreditinstitute, die erste Hypotheken geben, nicht vor Erschütterungen geschützt zu sein.

Zur Abwendung dieser Gefahren wird es deshalb notwendig und zweckmäßig sein, vorübergehend eine besondere Organisation zu schaffen, die dazu bestimmt ist, überflüssige, zusammenbrechende Betriebe nicht

aus der Produktion ausscheiden zu lassen. Als Rechtsträger scheint dem Minister eine zemeinnützige G. m. b. H., Aktiengesellschaft, oder ein ähnlicher Rechtsträger zweckmäßig; Grundkapital und sonst notwendige Mittel müßten vom Reich und von Preußen bereitgestellt werden.

5. Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung sieht ferner einen Reichsgarantiefonds von 75 Millionen Mark vor.

Der Minister nimmt an, daß es sich hierbei um die Garantie für ein Drittel der von den territorialen Stellen aufzunehmenden 200-Millionen-Mark einer Auslandsanleihe handelt. Der Plan sieht vor, daß sich die Länder an der Garantierung dieser Anleihe beteiligen sollen. Die preussische Staatsregierung ist grundsätzlich bereit, eine solche Haftung zu übernehmen und die Zustimmung des Landtagsausschusses dazu herbeizuführen. Sie ist aber der Auffassung, daß diese Frage bei dem engen Zusammenhang der einzelnen Punkte des Notprogramms nur im Zusammenhang mit den vorstehend unter 1-4 genannten Punkten erörtert werden kann und muß ihre endgültige Entscheidung dem Ausgang der hierüber einzuleitenden Verhandlungen abhängig machen. Die preussische Regierung sieht die Erfüllung ihrer Wünsche als eine entscheidende Voraussetzung für ihre Entschlüsse in der Frage einer Beteiligung an der Bürgschaft für die Auslandsanleihe territorialer Stellen an.

Die Krise in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 24. Februar.

Die vom Landtagspräsidenten Dr. Foth ernannten Mecklenburg-Strelitzer Staatsminister Dr. Freiherr von Reibnitz und Dr. Heiperich haben, wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg von zuständiger Seite erfährt, ihre Bestallungsurkunden erhalten. Mit Rücksicht darauf, daß der Landtag, wenn auch mit geringer Mehrheit, ihnen das Vertrauen versagte, haben beide Minister ihren Rücktritt erklärt. Sie sind nunmehr nach den Bestimmungen des Landesgrundgesetzes bis auf weiteres geschäftsführende Minister. Der Landtag ist zum kommenden Montag zu einer neuen Sitzung einberufen worden, in der die politische Lage weiter erörtert werden soll.

Mecklenburg-Schwerin erwägt Anschluß.

Schwerin, 24. Februar. (III)

In der Sitzung des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages erklärte Finanzminister Aich, daß das Finanzausgleichsgesetz in der heutigen Form nicht für alle Zeiten bestehen bleiben könne und daß bei der heutigen schwierigen Finanzlage Mecklenburgs damit gerechnet werden müsse, daß Mecklenburg-Schwerin Anschluß an das Reich oder Preußen suchen werde.

Kommunisten hinaus!

Die Sowjetgesandtschaft dementiert. — Die Handelsvertretung setzt Kommunisten auf die Strafe.

Es ist immer das gleiche Spiel: die Wahrheit wird dementiert. Die Meldung, daß laut Anordnung Uchitscherins die einheimischen Kommunisten aus den russischen Handelsvertretungen verschwinden sollen, rief große Bestürzung innerhalb der deutschen kommunistischen Partei hervor. Prompt folgte ein Dementi des Herrn Krestinski: Die Meldung über die angebliche Anordnung Uchitscherins ist erlogen, kein Wort ist davon wahr. Und die Tatsachen?

Erst vor wenigen Tagen ist in der Berliner Handelsvertretung deutschen Kommunisten gelündigt worden. Darunter auch einem Kommunisten, der seit 1922 angestellt war. Als er offizielle Auskunft über den Kündigungsgund erbat, erhielt er keinen Bescheid. Inoffiziell wurde ihm aber gesagt, es sei für die Handelsvertretung nicht zuträglich, ihn zu beschäftigen, da er der Bezirksleiter der kommunistischen Partei in Pichtenberg sei.

Also besteht Uchitscherins Anordnung doch, und das Dementi war falsch. Tatsache ist also: man darf nicht deutscher Kommunist sein, wenn man in der Handelsvertretung angestellt sein will. Selbst sechs Jahre treue Dienste schützen nicht vor einem Hinauswurf!

Die Buchower Gewerkschaftsschule

Bildungsarbeit der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Im Rahmen seiner über das ganze Jahr verteilten Funktionärskurse hält der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zurzeit einen 14tägigen Kursus für Verbandsangestellte in Buchow (Mark) ab. Der Präsident des Städtetages Dr. Muleri, Bürgermeister Dr. Karl Herz, Dr. W. Pahl, Fritz Eggert vom ADGB und Staatssekretär Prof. Dr. Julius Hirsch haben die Leiterkurse übernommen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Muleri, eröffnete den Kursus mit einem Referat über „Die Stellung der Selbstverwaltung im deutschen Wirtschafts- und Verwaltungsgefüge. Die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung besteht darin, daß nach der Eroberung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts die breiten Massen der Bevölkerung zur Mitarbeit an der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft und daher zur Mitverantwortung herangezogen seien. Kommunale Arbeit ist daher die beste Schule für das politische Leben. Die deutschen Kommunen besitzen für ihre wirtschaftliche Tätigkeit das Recht der Universalität, d. h. jede Stadt darf die Wirtschaftszweige betreiben, die ihr geeignet erscheinen.“

Die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hängt mit der Fülle neuer Aufgaben, die im letzten Jahrzehnt an die Gemeinden herangetragen sind, zusammen, aber unverkennbar auch mit gewissen Strukturänderungen in der Wirtschaft überhaupt. So hat sich heute z. B. die allgemeine Kraftquelle der Wirtschaft zur Elektrizität verschoben, die Elektrowirtschaft liegt zum größeren Teil in der öffentlichen Hand. Wenn also die Privatwirtschaft gegen die Betätigung der öffentlichen Hand anrennt, so kämpfe sie gegen naturnotwendige Entwicklungen an. In der Gasversorgung machten sich seit längerem Bestrebungen zur Rückbildung

breit, die mit technischen Problemen zusammenhängen. Die Gemeinden und ihre Gasversorgung sind lokal organisiert, die Technik aber drängt zu überlokalen Wirtschaftsgebilden, zur Gasfernversorgung. Gegen ein Abstreifen der städtischen Gasversorgung an die Privatwirtschaft liegen aber schwerste Bedenken vor, da der Gasverbraucher dann dem Privatkapital rettungslos ausgeliefert sei.

Die Politik von Schacht hat heute schon schwersten Schaden in der Gemeindefinanz angereicht. So ist die notwendige Tilgung der kurzfristigen Schulden zurzeit nicht möglich, auch laufen die umfangreichen Bauaufgaben der Städte weiter, können aber nicht finanziert werden. Aber auch die Privatwirtschaft wird bald die Folgen der schachtischen Politik zu spüren bekommen; wenn die öffentliche Hand ihre Aufträge zurückgezogen droht, muß und nicht mehr konjunkturechtend wirken kann.

Es muß gefordert werden, daß die Verwaltungsreform eine Stärkung der Selbstverwaltung mit sich bringt. Auch müßten im Reichsinnenministerium und im Reichswirtschaftsrat kommunale Vertretungen geschaffen werden. Der Reichspräsident Löbe hat für den Reichstag diesen Gedanken schon aufgegriffen und will einen interfraktionellen kommunalpolitischen Ausschuss bilden lassen. Auch würde eine Vertretung im Reichsrat geschaffen werden, damit die Städte, die mehr zum Reich als zu den Ländern stehen, an der Durchführung des Einheitsstaatsgedankens mitarbeiten könnten.

An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion an, bei der eine allgemeine Übereinstimmung der Kursteilnehmer, die zum großen Teil auch als Stadtverordnete tätig sind, mit den Gedanken von Dr. Muleri festgestellt wurde.

ganzen Winter über in dem Konflikt durchgefallen haben. Ihre Lohnforderungen, die sie bei den letzten Schlichtungsverhandlungen vortrugen, und die bestimmt kein Hindernis für die Beilegung des Konflikts waren, bestehen auch heute noch.

Im Kampf gegen den Wohnungsterror der Kanalreeder können die Kanalreeder einen Erfolg buchen. Die in Dortmund erlassene vielumstrittene einstweilige Verfügung zur Räumung der Wohnungen an Bord ist nunmehr vom Dortmunder Landgericht aufgehoben worden. Damit ist festgestellt worden, daß es sich bei den Wohnungen an Bord um wirkliche Wohnräume und nicht um bloße Aufenthaltsräume handelt. Die Arbeiter, die unter dem Druck der einstweiligen Verfügung den unglücklichsten Schikanen ausgesetzt waren, müssen jetzt aus dem Urteil die Konsequenzen ziehen und gegen die Reeder mit Schadenersatzklagen vorgehen.

Steinarbeiterstreik in Halle.

Halle, 24. Februar.

Die Steinarbeiter Halles hoben durch Urabstimmung den am 15. Februar gefällten Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Steinarbeiterstundenlöhne von 1,39 M. auf 1,43 M. und der Löhne der Kammer von 1,24 auf 1,25 M. vorsieht, abgelehnt. Zentralvorstand und Lohnkommission haben gestern in gemeinsamer Sitzung beschließen, am Sonnabend die Arbeitsniederlegung durchzuführen.

Der böhmische Bergbaustreik geht weiter.

Die Verhandlungen gescheitert.

Prag, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die am Donnerstag zur Beilegung des Streiks im nordwestböhmischen Bergbau geführten Verhandlungen verliefen wiederum ergebnislos. Die Unternehmer blieben nach wie vor dabei, daß sie nur eine 3/4prozentige Lohnerhöhung zahlen könnten, während die Arbeitnehmer auf eine 10prozentige Erhöhung beharrten. Voraussichtlich wird heute die Regierung eingreifen.

Ausdehnung des Streiks auf das Kladoer Revier.

Prag, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die Bergarbeiter des Kladoer Reviers haben am Donnerstag Forderungen nach einer 10prozentigen Lohnerhöhung überreicht und die Antwort bis Samstag, den 25. Februar, befristet. Am Sonntag soll in einer Konferenz der Revierräte und der Gewerkschaftsorganisationen des Reviers die Entscheidung getroffen und im Falle einer ungünstigen Antwort am Montag der Streik begonnen werden. Die Entscheidung dürfte von dem Ergebnis der Verhandlungen im nordwestböhmischen Streik stark beeinflusst werden. Auch im Kohlenrevier von Handlawa sind die Lohnverhandlungen ergebnislos abgebrochen worden.

Im Hamburger Hafen sollen Gerüchten zufolge, die im Ausland verbreitet werden, Arbeitsstörungen eintreten. Demgegenüber wird erklärt, daß diese Gerüchte durchaus unbegründet sind.

In der Freien Sozialistischen Hochschule sprach heute Sonnabend abend 7 1/2 Uhr Genosse Fritz Raphael im Schlingensaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, über das Thema „Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik“. In Anbetracht der außerordentlichen Aktualität dieses Themas, gerade in Verbindung mit den Lohnkämpfen, kann der Besuch dieser Veranstaltung allen Gewerkschaftern auf das angelegentlichste empfohlen werden.

Der Ortsausschuß Berlin des ADGB ladet die Vertreter der Ortsvereine und Mitglieder der Gesellenvereine, die am nächsten Sonntag, den 27. Februar 1928, pünktlich 10 1/2 (7 1/2) Uhr, Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24/25, Walter Rasche vom ADGB, spricht über das Thema: Der gegenwärtige Stand der Beratungen über das Berufsausbildungsgebot. Die wichtige Tagesordnung erfordert unbedingte Teilnahme. Verbandsbuch und die von den Gewerkschaften bzw. der Jugendzentrale besonderte zugestellte Einladung legitimiert.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angeleiteten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65 ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

SPD-Metallarbeiter!

Montag, 27. Februar, 19 Uhr, Parteivorstandssitzung in den Müllerhöfen, Kaiser-Wilhelm-Str. 11. In wichtiger Angelegenheit zu besprechen sind, wird das Erscheinen aller Genossen erzwungen. Partei- und Verbandsbuch legitimiert. Der Parteivorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, 19 1/2 Uhr, folgende Veranstaltung: Jugendklub: Jugendheim, Friedrichstr. 11. Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. — Vortragsreihe: Säkular, Gruppenleiter! Montag, 27. Februar, 19 1/2 Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24/25, Zusammenkunft der Mitglieder der Gewerkschaften der Jungmänner und der Handwerkerkammer, der Bezirksvereine der Ortsvereine und der Gruppenleitungen. Tagesordnung: Der gegenwärtige Stand der Beratungen über das Berufsausbildungsgebot. Zutritt nur mit Einladungsschreiben und Parteibuch.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altmuth; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlert; Arbeiter: A. A. Böhm; Solales und Sonstiges: Fritz Rasche; Anzeigen: Ed. Gledz. (Künftig in Berlin). Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hieran: Berlin und Unterhaltungs- und Wissen.

Bei Gicht, | Ischias, | Nerven- u. Kopfschmerz,
Rheuma, | Grippe | Erkältungskrankheiten
haben sich Total-Tabletten hervorragend bewährt
Ein Versuch überzeugt!



In allen Apotheken
Preis Mk. 140
Total schenkt die Monatsdosis aus

Der Lohnstreik im Holzgewerbe.

In den gestrigen Verhandlungen der Tarifparteien über den Lohnstreik im Holzgewerbe ist eine endgültige Klärung noch nicht erfolgt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien auf heute Sonnabend, den 25. Februar, zu Nachverhandlungen geladen.

Die Städtekonferenz des Holzarbeiterverbandes hat am Freitag nachmittag den vor kurzem vor dem vertraglichen Lohnamt gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Der Schiedsspruch sieht vor, daß die Löhne der Holzarbeiter ab sofort um 6 Pf., ab 1. Oktober um weitere 2-3 Pf. erhöht werden.

Heute tritt der Beirat des Verbandes zusammen, um über die durch die Ablehnung des Schiedsspruches notwendig gewordenen weiteren Schritte Beschluß zu fassen. Im Anschluß daran finden am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen über den Schiedsspruch statt, wozu das Reichsarbeitsministerium die beiden Parteien eingeladen hat. Die Verhandlungen werden von Landgerichtsdirektor Dr. Heuer geführt. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch angenommen und Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Eine endgültige Klärung in dem Lohnstreik der Tarifparteien des Holzgewerbes ist also noch nicht erfolgt. Die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeiter war nicht zu vermeiden, weil die Arbeitgeber keine Miene machten, in verschiedene, über den Schiedsspruch hinausgehende, unbedingt notwendige Verbesserungen zugunsten der Arbeiter einzuzuwilligen.

Lohnbewegung der Rohrleger.

Kündigung von Lohn- und Manteltarif.

Die im Metallarbeiterverband fast reiflos organisierten Berliner Rohrleger und Helfer beschloßten sich am Donnerstag abend in einer überfüllten Versammlung im Gewerkschaftshaus mit der Kündigung ihres Lohn- und Manteltarifes.

Der Branchenleiter Nlederkirchner wies an verschiedenen Beispielen nach, wie unbillig einzelne Bestimmungen des Manteltarifes geworden sind. Dies trifft besonders für die Akkordregelung zu. Er empfahl deshalb im Auftrage der Branchenkommission, die Kündigung des Manteltarifes zu beschließen.

Die Versammlung trat dem Vorschlag des Branchenleiters einstimmig bei. Darüber hinaus beschloß die Versammlung, auch das Lohnabkommen zum 28. März zu kündigen und eine Erhöhung der Löhne von 1,47 M. auf 1,72 M., also um 25 Pf., pro Stunde, zu fordern. Die Versammelten drohten klar zum Ausdruck, diese Forderung auch durch einen Kampf durchsetzen zu wollen; wenn die Unternehmer versuchen sollten, sie mit einigen Pfennigen abzufressen.

Ein entwürdigendes Schauspiel.

Herausforderungen in der Knorr-Bremse.

Seit mehreren Jahren bemühte sich die Leitung der Firma Knorr-Bremse, die Löhne der Akkordarbeiter abzubauen. Dabei wird weniger der Weg der technischen Neuerungen eingeschlagen, sondern man zieht dem främmerhaften Abbau der Stückzeiten und des Umbirens der Akkordtabellen vor. Ein großer Stab von Ingenieuren ist auf diesem Gebiet tätig. Einer unter diesen Herren mit Namen Leistkow kam auf einen besonders genialen Gedanken. Er setzte die Akkordarbeiten, die durchweg nach Klassen eingeteilt sind, in ihrer Klassenbewertung herab. Es kommt das einem Abzug von 10 bis 12 Proz. gleich. So ist es vorgekommen, daß Akkordarbeiter mit 15 bis 20 M. die Woche nach Hause gingen.

Hereingefasene Verleuender.

Zurücknahme einer Verdächtigung bei den Buchdruckern.

Der „Graphische Bloch“, Organ der „oppositionellen“ Buchdrucker, veröffentlichte vor kurzem eine Notiz über „Unschädlichmachung jeder Opposition der Sparten als Garantie für Tarifstreik“. In der Notiz wurde behauptet, daß der Gauvorstand der Berliner Buchdrucker den Sparten die Möglichkeit der freien Verfügung über ihre Rassen rauben wolle, weil ab 1. April eine zentrale Kassarierung eingeführt werden soll. Man wolle den Unternehmern um jeden Preis den tariflichen Frieden sichern heißen. Zum Schluß wurde ausgeführt: „Dort man sich eine Frage an den Gauvorstand erlaube: Ist der Wunsch nach dieser Kassarierung ganz frei und unabhängig in den Köpfen des Gauvorstandes entstanden oder haben vielleicht die Unternehmer solche Maßnahmen verlangt (!) als Garantie für die materielle Durchführung der Tarifstreik des Verbandes?“

Diese unerhörte Verdächtigung veranlaßte die Spartenverbände zu einer Zuschrift an den Gauvorstand, in der sie zum Ausdruck bringen, daß die Anregung, die Kassarierung der Spartenbeiträge zusammen mit dem Verbandsbeitrag vornehmen zu lassen, aus praktischen Erwägungen heraus von den Sparten selbst ausgegangen ist.

Nachdem der verantwortliche Schriftleiter des „Graphischen Bloch“, Wetshoret, in einer Gauvorstandssitzung von dem gesamten Material Kenntnis erhalten hatte, sah er sich genötigt, eine schriftliche Erklärung abzugeben. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß die Notiz im „Graphischen Bloch“ von falschen Voraussetzungen ausgeht. Es wird bedauert, aus Grund einer irreführenden Information zu Schlüssen gekommen zu sein, die sich nach Feststellung der Tatsachen nicht aufrecht erhalten lassen.

Da die Kommunisten bei den Berliner Buchdruckern nur eine kleine Minderheit sind, versuchen sie um so mehr durch lägehafte Behauptungen kümmerliche „Erfolge“ zu erzielen. Sie sind damit zuweilen schon so weit gegangen, daß sie sogar bei einzelnen ihrer Anhänger wegen ihrer Kampfesweise Anstoß erregten. Diese neueste Blamage kann man den Kommunisten daher von Herzen gönnen!

Der Konflikt in der westdeutschen Kanalschiffahrt

Die vom Reichsarbeitsminister für den kommenden Dienstag anderamte Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der westdeutschen Kanalschiffahrt kommt nicht überausend. Jetzt erst zeigen sich die wirtschaftlichen Schäden des Konflikts in ihrem vollen Ausmaß. Vor allem ist Emden durch die Stilllegung der Kanalschiffahrt empfindlich mitgenommen worden. Ebenso hat die Reichswasserstraßenverwaltung einen erheblichen finanziellen Ausfall zu verzeichnen. Man kann also hundert gegen eins wetten, daß an der Einleitung neuer Schlichtungsverhandlungen auch die Arbeitgeber nicht ganz unbedeutend sind.

Hoffentlich ist man sich nun sowohl bei den maßgebenden Stellen wie bei den Arbeitgebern endlich darüber im Klaren, daß die Kanalschiffer ihre guten Gründe hatten, wenn sie fast den

Nehmen Sie Persil ohne Zusatz!

Jeder Zusatz von Seife oder Seifenpulver ist überflüssig und verteuert das Waschen. Nehmen Sie Persil allein und nichts anderes dazu; nur dann waschen Sie wirklich billig und nutzen dieses hervorragende Waschmittel voll aus.

Ein Doppelpaket Persil zu 85 Pfg. reicht für 5-6 Eimer Wasser = 50-60 Liter Waschlauge.



Subloff zu 500 M. Geldstrafe verurteilt
Er wird uns bald verlassen.

In England, der Heimat des Bagports, wird dieser an sich etwas roh aussehende Sport damit verteidigt, daß man erklärt, er erziehe die ihn ausübenden Anhänger wie kaum ein anderer Sport zu einer überlegenen Ruhe und Gelassenheit. Ein echter Boger sei auch ein wahrer Gentleman. Niemals wird er sich an einen Schwachen vergreifen. In diesem Sinne ist Herr Alexander Subloff, der Schwager Wilhelms II. von Doorn, bestimmt kein echter Boger, denn er hat sich an einem kleinen hilflosen Pagen vergreifen. Subloff, am Freitag wegen seiner Heidenart, die selbst durch Trunkenheit nicht entschuldbar ist, vernommen, gibt zu, den Pagen Friedrich geohrfeigt zu haben, weitere Mißhandlungen aber bestreitet er. Der Pagen selbst, der durch einen Knock-out-Hieb zu Boden gestreckt wurde und infolgedessen für kurze Zeit betäubungslos war, kann nicht sagen, ob ihn Subloff mit Füßen getreten habe. Er weiß das nicht, weil er eben das Bewußtsein verloren hatte. Jedoch klagt er über Rippen- und Leidschmerzen, die von dem Faustschlag ins Gesicht nicht herrühren können. Friedrich ist noch zu Hause in ärztlicher Behandlung. Der Vater des Pagen hat sich selbstverständlich vorbehalten, ob er wegen tätlicher Beleidigung einen Strafantrag stellen wird. Eine Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug kommt nicht in Frage. Bei der Untersuchung des Auftritts kam auch heraus, daß Subloff, ein staatenloser Mann, keinen gültigen Auslandspaß und keine Aufenthaltserlaubnis besaß. Es wurde weiter festgestellt, daß er wegen Paphoergehens schon einmal mit 100 Mark bestraft worden ist. Mit Rücksicht darauf wurde er wegen des neuen Vergehens vom Schnellrichter zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Ueber eine etwaige Ausweisung, die ihn als lästigen Ausländer treffen könnte, ist nicht in Berlin zu entscheiden, sondern in Bonn, wo er beheimatet ist. Subloff hat bei seiner Vernehmung erklärt, daß er beabsichtige, mit seiner Frau demnächst ins Ausland auszureisen.

Der erweiterte Krematoriumsbau.



Krematorium Gerichtstraße.

Die Eröffnung des Erweiterungsbaues des Krematoriums in der Gerichtstraße hat am gestrigen Vormittag stattgefunden.

Der mit Blumen würdig geschmückte Kapellenraum konnte kaum die große Zahl der Freunde der Feuerbestattung

fassen, die aus allen Teilen des Reiches gekommen waren, um die in hygienischer Beziehung einzig dastehende Einrichtung zu studieren. Der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksamts Wedding, Stadtrat Dr. Rieß, begrüßte die Gäste im Namen der städtischen Körperschaft und erwähnte, daß es das Bestreben der heutigen Kommunalverwaltung sei, alle Tätigkeit in der Öffentlichkeit abrollen zu lassen. 12.000 Verstorbene im Jahre wurden in Berlin auf städtischen Friedhöfen der Erdbestattung übergeben, aber fast 13.000 in den drei Gemeindekrematorien der Verbrennung zugeführt. Diese Zahl von 25.000 entspricht also der Einwohnerzahl einer Mittelstadt. Der Redner hob das hygienische, bodenpolitische und städtebauliche Moment hervor, das für die Feuerbestattung in den Großstädten spricht, ebenso aber die sozialpolitischen Gesichtspunkte, die eine Verbilligung der Bestattungskosten für die Hinterbliebenen bedeuten.

Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Drenth gab hierauf in einem ausgezeichneten Lichtbildervortrag den Unterschied zu erkennen, der zwischen Erd- und Feuerbestattung besteht und für die Feuerbestattung spricht.

Stadtrat Genosse Burs, der Dezernent für das Bestattungswesen, zeigte die Entwicklungsgeschichte des Krematoriums von ihren Anfängen vor zwanzig Jahren bis heute auf und vergah auch nicht, die Widerstände zu streifen, die dieser großen Reform entgegenstanden. Insgesamt sind seit Inbetriebnahme bis heute 54.526 Einschaltungen erfolgt.

Es sei besonders darauf hingewiesen, daß bei den Anlagen in der Gerichtstraße Vorkommnisse wie in Wilmersdorf vollständig unmöglich sind.

Der Todestag Friedrich Eberts fällt sich am 28. Februar zum dritten Male. Aus diesem Grunde veranlaßt das Berliner Reichsbanner am Dienstag, dem 26. Februar, abends 8 Uhr, auf dem Gendarmenmarkt eine Gedächtnisfeier.

Das Bergmann-Konto Dr. Jacobys I.

Was hat er bekommen?

Die Ermittlungen in dem Verfahren gegen den Inhaber der Allgemeinen Lombard- und Kreditgesellschaft, den Kaufmann Paul Sally Bergmann, gestalteten sich außerordentlich schwierig. Augenblicklich beschäftigt man sich mit der Aufklärung der verschiedenen Guthaben. Noch außen hin sind die Bergmannschen Bücher mit großer Sorgfalt geführt, denn Bergmann hat sie alle vierzehn Tage durch einen vereidigten Bücherrevisor prüfen lassen. Freilich ist Bergmann schwer belastet durch den Umstand, daß 288.000 Mark über sein Privatkonto flossen. Bergmann erklärt, selbst nur monatlich 1500 Mark für sich verbraucht zu haben, die restlichen Summen dieses verdächtigen Privatkontos seien für andere Zwecke verwendet worden. So seien über dieses Konto auch die Zuwendungen an Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby I. gegangen. Insgesamt hätten die Einnahmen des Staatsanwaltschaftsrats aus diesem Konto sich auf etwa 30.000 Mark belaufen. Sachverständige sollen die Höhe dieser Zahlungen genau feststellen. Ueber einen Posten, der als Darlehen von 50.000 Mark bezeichnet wird, wobei aber über den Empfänger die Aufklärung noch fehlt, werden besondere Nachforschungen angestellt. Bergmann meint, daß sein Geschäftsführer Bystrow Vermittlungen bezuglich Gelder unterschlagen und auf sein Privatkonto verbucht hätte.

Die Vertreter Bergmanns, die Rechtsanwältin Dr. Jolensberg und Dr. Feulowicz, stellten beim Untersuchungsrichter den Antrag, daß Bergmann mit einem gerichtlichen Sachverständigen und seinem eigenen Bücherrevisor das Privatkonto, das so heiß umstritten wird, durchgehen soll.



Verbrennungsöfen.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Lord Barralongas Gesellschaft tritt auf.

1.

Nach dieser Ankündigung wurde die Versammlung aufgehoben. Lord Barralonga und seine Gesellschaft wurden jedoch erst lange nach Einbruch der Dunkelheit in die Konferenz-Gärten gebracht. Es wurde kein Versuch gemacht, die Erdlinge in ihrer Bewegungsfreiheit zu beschränken oder sie zu bewachen. Mr. Burleigh spazierte mit Lady Stella und dem Psychologen, namens Dion, zum See hinunter, Fragen und Antworten austauschend. Mr. Burleighs Chauffeur wandelte ziemlich beunruhigt in Rufweite hinter seinem Herrn. Mr. Rupert Carstik nahm Mr. Rush unterm Arm, als ob er ihm Instruktionen erteilen wolle.

Mr. Barnstaple wünschte, allein spazieren zu gehen, um sich die erstaunlichen Ereignisse dieses Nachmittags ins Gedächtnis zurückzurufen und um sie zu verarbeiten. Er wollte sich an das Wunder dieser herrlichen Welt gewöhnen, die so schön und jetzt im Zwielicht auch so geheimnisvoll war, mit ihren Bäumen und Blumen, die einen verschwommenen und schattenlosen Ton von Blässe und Dunkelheit angenommen hatten, und mit den reinen Formen und gefälligen Proportionen ihrer Gebäude, die nun in dämmeriger Undeutlichkeit übergingen. Die Erdhaftigkeit seiner Gefährten stand zwischen ihm und dieser Welt, von welcher er fühlte, daß sie ihn andernfalls angenommen und ganz in sich aufgenommen hätte. Er befand sich in ihr, aber nur als ein fremder und störender Eindringling. Doch er liebte sie schon, begehrte sie und wünschte leidenschaftlich, ein Teil von ihr zu werden. Er hatte das unbestimmte, aber mächtige Gefühl, daß er wie ein geborener Utoper werden würde, wenn er sich nur von seinen Gefährten entfernen, in irgendeiner Weise seine Erdentkennung und alles, was ihn als einen Erdling kennzeichnete und ihn an die Erde heftete, abstreifen könnte, daß ihn dieses Abstreifen allein schon zum Utopen machen würde, und daß er dann das quälende Gefühl, die frostige, beklemmende Fremdheit aus seinem Denken verbannen könnte. Er würde sich plötzlich dem Wesen nach und in Wirklichkeit als ein Utoper fühlen und es wäre die Erde, die nun ein ungläubhafter

Traum würde, ein Traum, der schließlich ganz aus seinem Denken verschwinden würde.

Pater Amertons Bedürfnis nach einem Zuhörer verhinderte indessen für einige Zeit eine derartige Loslösung von irdischen Gedanken und Dingen. Er hielt sich dicht an Mr. Barnstaples Seite und überschüttete ihn mit einem ununterbrochenen Schwall von Fragen und Bemerkungen, die sich über diese utopische Szenerie verbreiteten und aus ihr eine Ausstellung in Carls Court machten, welche die beiden befeuchten und kritisierten. Diese Szenerie erschien ihm offenbar so provisorisch, so zweifelhaft und unecht, daß Mr. Barnstaple das Gefühl hatte, Amerton würde nicht das geringste Erstaunen zeigen, wenn eine Spalte in den Kulissen plötzlich den Lärm von Carls Court-Bahnhof hereinließe oder einen Ausblick auf die konventionelle gotische Kirchturmspitze von St. Barnabas im Westen gewährte.

Zuerst beschäftigte sich Pater Amerton hauptsächlich mit der Drohung, daß er morgen wegen der Szene in der Versammlung „behandelt“ werden sollte. „Wie können sie mich behandeln?“ fragte er zum vierten Male.

„Wie bitte?“ sagte Mr. Barnstaple. Jedesmal, wenn Mr. Amerton zu sprechen begann, sagte Mr. Barnstaple: „Wie bitte?“, um ihn darauf zu bringen, daß er seinen Gedankenfang streife. Aber jedesmal, wenn Mr. Barnstaple „Wie bitte?“ sagte, bemerkte Mr. Amerton bloß: „Sie sollten jemanden wegen Ihres Gehörs konsultieren“ und legte dann von neuem mit dem, was er auf dem Herzen hatte, los.

„Wie kann man mich behandeln wollen?“ fragte er Mr. Barnstaple und in die sie umgebende Dämmerung hinein. „Wie kann man mich behandeln wollen?“

„Oh! Psychoanalyse oder so etwas ähnliches,“ sagte Mr. Barnstaple.

„Dazu gehören zwei,“ sagte Pater Amerton, aber wie es Mr. Barnstaple schien, mit einem Unterton der Erleichterung.

„Was sie mich auch fragen werden, was sie mir auch immer zumuten werden, ich werde nicht ermatten, ich werde bekennen.“

„Ich zweifle nicht, daß es jenen schwer fallen wird, Sie unterzutreiben,“ sagte Mr. Barnstaple bitter.

Eine Zeitlang gingen sie zwischen den süß duftenden, großen, weißblühenden Sträuchern still dahin. Dann und wann wollte Mr. Barnstaple seine Schritte beschleunigen oder verzögern in der Absicht, die Entfernung von Pater Amerton zu vergrößern, aber Pater Amerton reagierte auf diese Versuche ganz mechanisch.

„Unzucht!“ begann er auf einmal wieder. „Was für ein anderes Wort würden Sie dafür gebrauchen?“

„Wie bitte? Ich habe wirklich nicht verstanden!“ sagte Mr. Barnstaple.

„Was für ein anderes Wort hätte ich gebrauchen können als Unzucht? Was konnte man anderes erwarten — bei Leuten, die in einer so erstaunlich mangelhaften Kleidung herumlaufen, als die Sitten des Aftentönigs? Sie geben ja zu, daß ihnen unsere Einrichtung der Ehe so gut wie unbekannt ist.“

„Es ist eben eine andere Welt,“ sagte Mr. Barnstaple gereizt, „eine andere Welt.“

„Die Sittengesetze gelten für jede erdenkliche Welt.“ „Aber in einer Welt, in welcher sich die Leute durch Spaltung fortpflanzen und wo es keine Geschlechter gibt?“

„Die Moral wäre einfacher, aber es wäre dieselbe Moral!“

Gleich äußerte Barnstaple abermals sein „Wie bitte?“

„Ich sagte eben, daß dies eine verlorene Welt sei.“

„Sie sieht gar nicht so verloren aus,“ erwiderte Mr. Barnstaple.

„Sie hat die Seligkeit zurückgewiesen und vergessen.“

Mr. Barnstaple steckte die Hände in die Hosentaschen und begann ganz leise die Barcarole aus „Hoffmanns Erzählungen“ zu pfeifen. Würde Pater Amerton ihn niemals allein lassen? Konnte man mit Pater Amerton gar nichts anfangen? In den Ausstellungen in Carls Court gab es gewöhnlich Drahtkörbe für Papier, Zigarettenstummel und alle möglichen Abfälle. Wenn man nur Pater Amerton plötzlich in so einen Behälter hineinstecken könnte.

„Die Seligkeit wurde ihnen dargeboten, sie haben sie verworfen und wohl auch fast vergessen und deshalb sind wir zu ihnen gesandt worden. Wir sind zu ihnen gesandt worden, um sie an das einzige, das von Wichtigkeit ist, und das sie vergessen haben, zu erinnern. Noch einmal haben wir das Zeichen des Heiles zu errichten, wie es Moses in der Wüste errichtet hat. Unsere Mission ist nicht leicht, wir sind gesandt worden in diese Hölle von sinnlichem Materialismus.“

„O Gott!“ sagte Mr. Barnstaple und verfiel wieder in die Barcarole.

„Wie bitte?“ rief er gleich darauf aufs neue.

„Wo ist der Polarstern? Was ist mit dem „Bären“ geschehen?“

(Fortsetzung folgt.)

Der Staatsanwalt Flindt.

Vor einem neuen Skandal?

Die Staatsanwaltschaft in Roabit häuften sich! Eben erst hat im Barmat-Prozess die Verteidigung beantragt, die Disziplinarakten des Assessors Kufmann, der bei der Staatsanwaltschaft tätig war, heranzuziehen, aus denen sich ergeben würde, daß er Ermittlungsakten einem nationalen Propagandabureau zur Verfügung stellte. Die Skandalaffäre des Staatsanwalts Jacoby ist noch lange nicht abgeschlossen, und schon beschäftigen die Justizbehörde eigenartige Honorarverträge des Staatsanwalts Dr. Flindt, über dessen Suspendierung vom Dienste wir berichteten. Es wird gemeldet, daß gegen ihn ein Disziplinarverfahren und ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eröffnet sind.

Ueber die Gründe zum Vorgehen gegen Staatsanwalt Flindt sind zwei Darstellungen im Umlauf. Die eine geht von der Seite aus, die gegen ihn Strafanzeige erstattete, die andere von dem Verteidiger des Dr. Flindt.

Eine Frau S., die in Roabit ein Schuhgeschäft besitzt, hatte gegen eine Reihe von Leuten Strafanzeigen erstattet, in einem Falle wegen Erpressung und Fälschung. Ihre Bekannte, Frau E., die mit dem Staatsanwalt Flindt befreundet war, vermittelte die Bekanntschaft der Frau S. mit Dr. Flindt, damit dieser ihre strafrechtlichen Angelegenheiten fördere. Frau S. befragte auf Veranlassung des Staatsanwalts Dr. Flindt die Aktensachen ihrer Strafsachen, worauf dieser mit dem Dezentenen Rücksprache nahm. Nachdem er der Frau S. über den günstigen Stand ihrer Angelegenheiten Mitteilung gemacht hatte, sollte ihm die Führung der Angelegenheit übertragen werden. Dr. Flindt forderte, daß ihm etwa 250 M. Honorar im voraus gezahlt würden. Frau S. fand die Summe zu hoch, wurde aber vertrieben, da das Honorar doppelt und dreifach herauskommen würde. Man einigte sich schließlich dahin, daß Staatsanwalt Flindt von allen Gebühren, die durch seine Mißgriffe einkommen würden, 10 Proz. zu erhalten hätte.

Eine halbe Stunde später kamen aber der Frau S. Bedenken. Sie rief den Staatsanwalt Flindt an und teilte ihm mit, daß sie vom Vertrag zurücktreten wolle. Dr. Flindt erklärte aber darauf, daß er gar nicht daran denke, vom Vertrag zurückzutreten. Unter Mitwirkung eines Rechtsanwalts wurde der Vertrag dann gelöst. Gegen Dr. Flindt erstattete aber Frau S. Strafanzeige.

Dieser Darstellung gegenüber erklärt der Verteidiger Dr. Flindts, daß es im Gegenteil Dr. Flindt gewesen sei, der von sich aus eine schonprozentige Gewinnbeteiligung für seine Bemühungen abgelehnt habe, da dies unter seiner Würde sei. Der Anbruch der Verhandlungen und die Richtigerklärung des Vertrages sei nicht von Frau S., sondern von Dr. Flindt erfolgt. Der Verteidiger Dr. Flindts bestreitet, daß sein Mandant sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht habe.

Es wird behauptet, daß die Hausfuchung besessene Momente jutage gefördert habe.

Er vermittelte Raffiber.

Der Hilfsgefangenenauflöser.

Gestern hatte sich unter der Anklage der Bestechung der Hilfsgefangenenauflöser Max Werthen vor dem Großen Schöffengericht Witte zu verantworten.

Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er für Gefangene einen schamhaften Raffiberverkehr vermittelt habe. Unter seinen Kunden soll sich eine Reihe von Persönlichkeiten befinden haben, die in große Strafverfahren verwickelt sind. Werthen steht auch im Verdacht, an dem Ausbruch des berühmten Eis- und Ausbrechers Spang aus dem Untersuchungsgefängnis beteiligt gewesen zu sein, was er jedoch bestreitet.

Die Frau Spang ist noch immer unangeklagt. Sie erfolgte unter rätselhaften Umständen, als Spang nach dem ersten Verhandlungstage aus dem Schwurgerichtssaal ins Gefängnis zurückgeführt wurde. Dort wurde er nicht mehr eingeliefert und blieb monatelang verschlossen, bis er durch einen Zufall wieder aufgegriffen wurde. Es besteht der begründete Verdacht, daß Spang im Besitz von Nachschlüsseln gewesen sei. Er hat sich aber bisher geweigert, Auskunft zu geben.

Mitangeklagt war ein Kaufmann Leopold Ballon und eine Fräulein Minna Graeg. Ballon war Untersuchungsgefangener und hat durch Werthen Raffiber hinausgeschickt. Die Angeklagte Graeg stand mit einem anderen Untersuchungsgefangenen in Verbindung. In der heutigen Verhandlung behauptete Rechtsanwalt Georg Brehmthal als Verteidiger von Ballon, daß dieser der Verführung durch Werthen unterlegen sei. Werthen sei von Jelle zu Jelle gegangen und habe sich erboten, den Verkehr mit der Außenwelt zu vermitteln. Als Briefform habe er durchschnittlich für jeden Raffiber 50 M. verlangt. Ballon behauptete auch, daß der Gefangenenauflöser nachts in seine Zelle gekommen sei und von ihm ein Darlehen von 500 Mark verlangt habe. Ein Mitangeklagter habe ihm mit einer Handbewegung zugerufen: „Der ist gut.“

Der Angeklagte Werthen entschuldigte sich damit, daß er nur 175 M. Monatsentlohn bekommen habe und damit nicht auskommen konnte. Der von ihm vermittelte Verkehr sei „harmloser Natur gewesen“.

Da Große Schöffengericht verurteilte Werthen wegen fortgesetzter passiver Beamtenbestechung zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 1/2 Monaten Untersuchungshaft. Dem Beurteilten wurde auch die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre aberkannt. Staatsanwalt Heinz hatte unter Verfolgung mildernder Umstände Zuchthausstrafe beantragt. Die Mitangeklagten Ballon und Graeg wurden wegen Beweismangels auf Staatskosten freigesprochen.

Tödlicher Unfall auf einem Neubau.

Auf einem Neubau an der Ecke der Wittelsbacher und Zähringer Straße in Wilmersdorf ereignete sich gestern nachmittag kurz vor 16 Uhr ein schwerer Unfall. Der 57jährige Bauarbeiter Emil Jesch aus der Mainzer Straße 16 in Wilmersdorf war in der Höhe des zweiten Stockwerkes mit Arbeiten an der Deckenverschalung beschäftigt. A. verlor plötzlich den Halt und stürzte kopfüber in die Tiefe, wo er mit schweren inneren Verletzungen demütlos liegen blieb. Arbeitskollegen sorgten für seine Ueberführung in das Krankenhaus in der Plagburger Straße, doch trat bereits auf dem Wege dorthin der Tod ein.

Sonderzüge zur Leipziger Messe.

Die Reichsbahndirektion Berlin wird zur Leipziger Frühjahrsmesse am 7. und am 11. März je einen Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen von Berlin nach Leipzig verkehren lassen. Die Züge fahren ab Berlin Anhalter Bahnhof 6.37 Uhr und treffen in Leipzig am 9.10 Uhr ein. Die Rückfahrt erfolgt ab Leipzig 21.28 Uhr, und der Zug trifft Anhalter Bahnhof um 0.08 Uhr wieder ein. Der Fahrpreis beträgt für die Hin- und Rückfahrt 7.40 M. Die Fahrkarten werden verkauft bei der Fahrkartenausgabe des Anhalter Bahnhofs, den drei Ausgabestellen des RFR, im Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens sowie im Reisebureau Wettzell, Leipziger Straße.

Das Spiel mit dem Selbstmord.

Ein Nachwort zu dem Freitod Karl Genhens.

Der Selbstmord des fünfzehnjährigen Lehrlings Karl Genhens fordert zu einer kurzen Betrachtung heraus. Die Begleitumstände waren in diesem Fall ganz besonders tragisch. Sie beleuchten wieder einmal schlaglichtartig die unglückliche teilschuldige Primivität mancher Lehrer, deren Verständnislosigkeit für die Räte der jungen Menschen durch den Kranz-Prozess in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt ist. Diese Lehrer ahnen nicht, in wela hohem Maßstabe die jungen Menschen mit dem Selbstmordgedanken spielen — der Sachverständige Professor Spranger hat dieses vortrefflich zum Ausdruck gebracht. Sollten die Lehrer das, so wären sie mit ihren Rügen vielleicht vorsichtiger. Das gleiche gilt auch von den Eltern.

Im Falle des Anaben Karl Genhens hatte sich aber der Lehrer eine ganz besondere Robeit zuschulden kommen lassen. Man versehe sich in den Seelenzustand des Fünfzehnjährigen, der eben erst Zeuge gewesen war, wie sein Freund ertrank; er stand noch ganz unter dem Eindruck des tragischen Geschehens. Und da sagt der Lehrer zu ihm: „Wie denkst du dir ein Weiterleben ohne deinen Schulkameraden Hans.“ Ich an deiner Stelle wäre sofort nachgesprungen.“ Der Junge mußte sich sagen: Ich bin schuldig an dem Tod meines Freundes. Wäre ich nachgesprungen, so hätte ich ihn vielleicht gerettet. Ich darf nicht mehr weiterleben. Ich gehe auch ins Wasser. So ging der Junge ins Wasser.

Was geschieht aber mit dem Lehrer, der durch seine unverantwortliche Äußerung den Jungen in den Tod getrieben hat? Darf er noch weiter Lehrer bleiben, da er sich in so hohem Maße als untauglich für den Umgang mit jungen Leuten erwiesen hat? Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch sagt: „Wer einen anderen zum Selbstmord verleitet, wenn dies auch nur zu einem Versuch geführt hat, wird mit Gefängnis bestraft. In besonders schweren Fällen

steht Zuchthaus darauf.“ Und dies hier ist ein besonders schwerer Fall. „Ich an deiner Stelle wäre sofort nachgesprungen.“ Im Zusammenhang mit dem vorhergehenden Satz: „Wie denkst du dir ein Weiterleben ohne deinen Schulkameraden Hans“ bedeutet das eine direkte Aufforderung zur Selbstvernichtung. Wie oft mögen junge Menschen durch ähnlich jahrelange Äußerungen ihrer Eltern und Lehrer zum Selbstmord getrieben worden sein, ein betrübendes Zeichen dafür, wie wenig Verständnis für die teilschuldigen Räte der Jugendlichen viele Eltern haben und leider auch nicht wenig Lehrer.

Selbstmord eines Siebzehnjährigen.

Er warf sich vor den Zug.

Abermal ist die Zahl der Jugendtragedien um einen neuen Fall bereichert worden. Erst gestern berichtete der „Abend“ über den Freitod eines Sechzehnjährigen. Bei Finkenkrug warf sich der siebzehnjährige Lehrling Rudolf Reinert aus der Burgunder Straße 1 zu Falkensee vor einem vorüberfahrenden Zug und wurde auf der Stelle getötet.

Der junge Mensch hat sich am Donnerstagabend unter einem nichtigen Grund aus der elterlichen Wohnung entfernt und kehrte nicht wieder heim. Bahnbeamte, die das Gleis Berlin-Hamburg kontrollierten, machten gestern in der achten Morgenstunde einen schrecklichen Fund. Etwa 400 Meter vom Bahnhof Finkenkrug entfernt erbeuteten sie neben den Schienen die verblutete Leiche eines jungen Mannes, der der Kopf vom Kumpf getrennt war. Aus Papieren, die in der Tasche des Toten gefunden wurden, ging hervor, daß es sich um den vermißten siebzehnjährigen Reinert handelte. Was den Jungen in den Tod getrieben hat, ist noch völlig ungeklärt.

SPD.-Freidenker!

Fraktionsversammlung aller SPD.-Genossen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung am

Mittwoch, den 29. Februar, 19 1/2 Uhr

im gr. Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25

Tagesordnung: Unsere Auf- und Ziele.

Ohne Mitgliedsbuch des Verbandes und der Partei kein Zutritt. Erscheinen aller SPD.-Genossen ist Pflicht.

Doktor Amanullah.

Nachdem der Afghanenkönig gestern mittag bei der Stadt Berlin gestrichelt hatte, begab er sich in die Technische Hochschule. Der preussische Kultusminister und der Rektor Geheimrat Boos begrüßten ihn. Auf einem gepolsterten Sessel nahm er Platz und der Rektor führte in einer längeren Ansprache aus, welche Verdienste sich Amanullah um die Förderung der technischen Einrichtungen Afghanistans erworben hat. Er betonte dabei, wie sehr der Afghanenfürst immer gerade deutsche Baumeister und Ingenieure, deutsche Tischlermeister und Handwerker bevorzugt habe und überreichte ihm eine Urkunde, die besagt, daß Amanullah zum Doktor-Jug. ehrenhalber der Technischen Hochschule von Berlin ernannt wird. Wie es sich gehört, war der König über diese seit mehreren Tagen erwartete Ueberrastung sehr gerührt, sprach einige Worte des Dankes und beschloß sodann die Räume der Hochschule.

Gestern abend waren die afghanischen Gäste und der Reichspräsident in der Charlottenburger Oper zu einer Festvorstellung. Heute ist große Parade in Döberitz. Das Festprogramm nimmt unaufhörlich seinen Fortgang.

Drei Schwerverletzte bei einem Verkehrsunfall.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Autobus der Linie 1 und einem Wagen der Linie 10, bei dem drei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag auf der Herkulesbrücke.

An der Haltestelle auf der Herkulesbrücke hielt ein Autobus der Linie 1, den sechs dort wartende Fahrgäste bestiegen wollten. In diesem Augenblick näherte sich der gleiche Haltestelle ein Autobus der Linie 10. Der Führer konnte seinen Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Halten bringen und fuhr mit ziemlicher Heftigkeit auf den Vorderwagen auf. Der Vorkoll spielte sich so plötzlich ab, daß drei Personen, die nicht mehr zur Seite springen konnten, zwischen Kühler und Hinterrad eingeklemmt wurden. Die Verletzten, die 30jährige Elsefriede Weisenberg aus der Bredowstraße 13, die 23jährige Martha Scholz aus der Haberlandstraße 10

Funkwinkel.

Dr. Gertrud Haupt behandelte unter dem Titel „Das Kind des zwanzigsten Jahrhunderts“ eigentlich die Erzieher und die Erziehungsfragen dieses Jahrhunderts. Wie die Probleme unserer Gegenwart auf das Kind einwirken und ihm seine geistige Einstellung geben, wurde von der Vortragenden kaum diskutiert. Nur in einigen Sätzen über die Jugendbewegung berührte sie diese Dinge flüchtig. Dagegen ging sie eingehend auf die grundlegenden Erziehungstheorien ein, die außer von vielen anderen an den Fragen der Erziehung interessiert werden. Schon Pestalozzi und Froebel lehrten, im Kind nicht einen kleinen Erwachsenen, sondern eben ein Kind zu sehen, das in seiner eigenen Welt ausgeht und aus ihr heraus erzogen werden muß. Für Wesensfremdes ist in dieser Welt kein Platz, und alles von außen hineingetragene bleibt totes Plakat. Leider fehlt noch viel daran, daß diese heute allgemein anerkannten Erziehungstheorien auch allgemein in die Praxis überführt werden. Wohl gibt es moderne, gut geleitete Kindergärten, auch eine Anzahl Schulen, in denen die Kinder fast spielend und dabei doch wirklich fürs Leben lernen. Aber gerade im Schulbetrieb wird bei uns noch viel am Rande gesündigt. — Knut Hamsun war der erste Teil der Abendveranstaltung gewidmet. Dr. R. H. Ruppel charakterisierte den großen norwegischen Epiker als Antipoden der russischen Dichter. Sie sehen den Menschen im Gegensatz und in Kompfstellung zur Natur. Hamsun erlebt den Menschen in der Natur, mit der Natur, als letzte Konsequenz sogar den Menschen als Natur. Eine Lektion las bezeichnend schön aus den Werken Hamsuns. Eine musikalisch nicht schlechte, aber etwas bunte Veranstaltung beschloß den Abend. Am Nachmittag sprach Sad Schara Jo Hymnen, manriert, mit wenig eigenen Tönen.

zu Schöneberg und der 23jährige Herbert Heise aus der Bauertstraße 15 zu Wilmersdorf, mußten mit schweren Unterschenkelbrüchen und inneren Verletzungen in das Elisabeth-Krankenhaus übergeführt werden. Die Schußfrage ist noch ungeklärt.

Bergwerksunglück in der Mark.

Zwei Bergleute von Schwemmsand eingeschlossen.

Frankfurt a. O., 24. Februar.

Auf der Grube „Hermaula“ bei Reppen ereignete sich gestern früh 5.50 Uhr ein Schwemmsanddurchbruch, der die Förderstrecke auf etwa 40 Meter zugeschnitten hat. Zwei Bergleute sind durch das Unglück eingeschlossen, und bis Freitag mittag ist es noch nicht gelungen, an die beiden Verhafteten heranzukommen, obgleich die Gesamtbelegschaft der Grube in drei Schichten für die Bergungsarbeiten eingesetzt worden ist. Der übrige Betrieb ruht.

Verbesserungen bei den Ueberfallkommandos.

Am 1. Februar d. J. haben die Polizei-Ueberfallkommandos Kreuzberg und Charlottenburg neue Unterkünfte bezogen. Die neuen Räume beider Ueberfallkommandos, welche zu den am meisten in Anspruch genommenen von Berlin gehören, liegen außerordentlich günstig inmitten ihres Bezirks, so daß ein schnelles Eintreffen am Tatort gewährleistet ist, besonders da die Ueberfallkommandos mit den neuesten technischen Einrichtungen ausgestattet sind. Außerdem stehen die Kraftfahrzeuge in stets geheizten Räumen, so daß auch bei strengstem Frost die Wagen jederzeit sofort betriebsfertig sind. Bei einer Reihe weiterer Ueberfallkommandos werden ähnliche Verbesserungen in einiger Zeit folgen.

Eine vorbildliche Zahnklinik.

Der Gewerkschaftenverband, ein Krankenlassenverband, der durch den freiwilligen Zusammenschluß eines Teiles der besonderen Ortskrankenkassen und einiger Anningkrankenstellen gebildet ist, hatte am Mittwochabend zu einer Besichtigung seines im Hauje Briger Straße 27—30 neu errichteten dritten Zahnklinik eingeladen. Unter den zahlreichen Gästen, die von dem Vorsitzenden der Organisation, Herrn Gottesmann, und dem leitenden Arzt Dr. Bornemann durch die Räume der Klinik geführt wurden, befand sich auch der Bürgermeister Genosse Dr. Herz vom Bezirksamt Kreuzberg. Das Institut, in dem die jahreslänglichen Behandlungen der Kassenmitglieder und ihrer Angehörigen durchgeführt werden sollen, wird mit seinen neuzeitlichen Einrichtungen den modernsten Bedürfnissen gerecht. Ein 100 Personen fassender Saal dient als Wartezimmer für die Patienten, deren Behandlung in vier Säulern mit insgesamt sechs Stühlen vorgenommen wird; außerdem können vier weitere Zimmer sofort eingerichtet werden, falls es eine gesteigerte Inanspruchnahme der Klinik notwendig macht. Neben den Behandlungszimmern ist ein Röntgenraum, ein Raum für die Strahlenbehandlung und eine Werkstatte vorhanden, in welcher der Zahnersatz hergestellt wird. Vorläufig werden vier Arzte ihren Dienst in der Klinik versehen; bezüglich ihrer dekorativen Ausstattung wäre zu sagen, daß an Stelle des sonst wirkenden weißen Anstrichs, den die meisten Räume erhalten haben, bunte Farben, die doch gerade auf die Gemüter von Patienten einen wohlthätigen Einfluß ausüben, zweckmäßiger gewesen wären.

Reichsbannerzeugen gesucht. Am 14. August 1927 führen nach der Verfallungsfeier abends vom Hauptbahnhof in Leipzig zwei Sonderzüge mit Reichsbannerkameraden nach Berlin ab. Auf dem Bahnhof, von dem die Züge abfahren, sollen zwei Leipziger Schulleute in einen scharfen Wortwechsel mit Reichsbannerkameraden geraten sein, der darauf zurückzuführen ist, daß sie ungehörig ihrem Mißfallen über die Reichsbannerkundgebung Ausdruck verleihten und angebliche Unschärfen von Reichsbannerleuten ripen zu müssen glaubten. Es hat sich aus diesem Vorfall dann schließlich eine Anklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt entwickelt. Kameraden, die sich dies Vorfalls erinnern und Angaben über das Verhalten der Schulleute machen können, werden gebeten, sofort ihre genaue Adresse dem Rechtsanwalt Dr. Graef in Leipzig C 1, Neumarkt 20, mitzuteilen.

Büße Büßlinge. Der Verein der Ränderwarenhandeler von Groß-Berlin C. V. veranstaltet infolge großer Fänge einen billigen Verkauf von frisch geräucherter Büßlinge. Es kommen in diesen Tagen zur Versteigerung: 2000 Büßlinge (Kiesbüßlinge) zwei Stück 25 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!

Der Totengräber.

Von Maxim Gorki.

Als ich dem Kirchhofswächter Bodriagin die lang ersehnte Harmonika schenkte, preßte er — er war ehnäugig und struppig — seine rechte Hand fest aufs Herz, schloß freudestrahelnd sein einziges, gutes — und manchmal unheimliches — Auge und sagte:

„Ach —“

Vor Aufregung bekam er kaum Luft, schüttelte den kalten Kopf und brach dann mit einem Atemstoß heraus:

„Wenn Sie mal sterben, Lezej Maginitsch, ach, wie ich über Sie sorgen will!“

Er nahm seine Harmonika sogar mit, wenn er Gräber auszuheben hatte, und wenn er von der Arbeit müde war, spielte er sich mit Gemüß seine eine Polka. Er nannte sie manchmal mit französischem Akzent „Train-blanc“, sonst aber auch „Dred-Brand“. Das war das einzige Stück, das er spielen konnte.

Einmal spielte er sogar, während ganz in seiner Nähe der Priester einen Totensegen hielt. Als die Zeremonie zu Ende war, rief dieser Bodriagin herbei und schnauzte ihn an:

„Du beleidigst ja die Verstorbenen, du Vieh!“

Bodriagin beklagte sich nur gegenüber:

„Das war ja natürlich nicht schön von ihm getan, aber immerhin, wie kann er denn wissen, was einen Toten trübt?“

Nach seiner Ueberzeugung gab es keine Hölle. Die Seelen der guten Menschen fliegen eben nach dem leiblichen Tode in das „reine“ Paradies, die Seelen der Sünder dagegen bleiben im Leibe und wohnen in den Gräbern, bis der Weib der Fäulnis verfallt.

„Dann haucht die Erde die Seele aus, in den Wind, und der Wind zerweht sie in den süßlichen Staub.“

Als man die Leiche der kleinen sechsjährigen Nikolajewa, die ich sehr gern gehabt, dem Grabe übergeben hatte und alle anderen den Kirchhof verlassen hatten, bemühte sich Kostja Bodriagin, der gerade den Lehnhügel des Grabes mit der Schaufel glättete, mich zu trösten.

„Sei nicht traurig, Freund! Wer weiß, vielleicht spricht man auf jener Welt mit anderen Worten, besser als wir, froher. Vielleicht spricht man aber auch gar nicht und spielt nur Violoncello.“

Rusik liebte er wie nährlich und konnte in der bedenklichsten Weise alles andere darüber vergessen. Wenn er in der Ferne die Klänge einer Militärkapelle hörte oder einen Beierlosten oder ein Klavier, dann wurde er sofort ganz Ohr, redte den Hals in der Richtung, aus der die Töne kamen, legte die Hände auf den Rücken und blies wie angewurzelt stehen; dabei rief er sein dunkles Auge weit auf, als hörte er mit ihm. Das geschah manchmal mitten auf der Straße; zweimal rief ihn ein Pferd um, und oft zogen ihn die Droschkenfussler aus mit der Knote über, wenn er wie verzückt da stand, ohne ihre warnenden Zurufe zu hören, ohne die Gefahr zu bemerken.

Er suchte das zu erklären:

„Wenn ich Rusik höre, ist mir immer so, als säuße ich an den Grund des Flusses hinab.“

Er hatte ein Verhältnis mit der Kirchhofsbettlerin Sorokina, einem ewig betrunkenen Weibsbilde, das etwa fünfzehn Jahre älter war als er. Er selbst war an die vierzig.

„Beschuldigt du dich mit dieser Person ein?“ fragte ich ihn.

„Ja — wer tut ihr denn je etwas Gutes? Doch niemand außer mir. Ich mache gern denen eine Freude, die so gar keine mehr haben! Ich selber habe doch keinerlei Kummer, du versuche ich eben, fremden Kummer zu stillen.“

Wir führten dieses Gespräch unter einer Birke stehend, während gerade ein unermüdeter Juniplatzregen niederrauschte.

Kostja wand und drehte sich mit Gemüß unter den auf seinen kalten edigen Schädel niederprasselnden Tropfen und murmelte: „Ich habe das so gern, wenn mein Wort eine Träne trocken kann.“

Er lächelte an Maginitschs, sein Atem war faulig wie Leichengeruch, er konnte nichts essen, hatte dauernd Erbrechen. Aber er arbeitete wacker und ließ immer vergnügt auf dem Kirchhof herum. Er starb eines Tages beim Kartenspiel, als er gerade mit dem anderen Kirchhofswächter „Schafstapf“ spielte.

Mit Erlaubnis des Reichs-Verlages Berlin, der die gesammelten Werke von Maxim Gorki herausgibt, dem Bande „Erlebnisse und Begegnungen“ entnommen.)

„Künstliche Kühlung.“

Wie allgemein bekannt, hat die Kältemechanik mit Bezug auf Heizung von Gebäuden gerade in den letzten Jahren sich zu außerordentlicher Vollkommenheit entwickelt. Heute gibt es Heizanlagen, durch die ganze Straßendiertel von einer Zentrale aus erwärmt werden.

Im Winter ist alles das bei der manchmal sehr strengen Kälte für uns eine Wohltat. In mäßig erwärmten Eisenbahnzügen reiten wir durch das Land. In mäßig erwärmten Theatern, Kinos, Konzertsälen usw. ergötzen wir unseren Geist. Aber bei uns in Europa hat man im Sommer zuzeiten großer Hitze eigentlich noch wenig getan, um den Menschen, sei es bei der Arbeit, sei es im Theater, im Restaurant, in der Versammlung oder sonst wo Kühlung und Schutz gegen die Hitze in ausreichendem Maße zu schaffen. In dieser Beziehung sind uns die Amerikaner, denen ja allerdings die Hitze häufig viele Plagen und Sorgen bereitet, weit voraus. Die amerikanischen Ingenieure haben sich schon seit mehreren Jahren mit dem Problem der Kühlung von Gebäuden befaßt, und im vergangenen Sommer hat man auf diesem Gebiete sehr gute Erfolge erzielt. Vor allem hat man sich mit der Kühlung großer Theaterräume befaßt. Fast alle besseren Lichtspielhäuser in den amerikanischen Städten bieten nunmehr auch bei heißem Wetter dem Besucher einen kühlen und angenehmen Aufenthalt. Die dazu benötigten Kühlanlagen sind nun wie folgt eingerichtet:

Die Luft wird durch einen großen Saugfächer durch einen Raum gezogen, in welchem aus Hunderten von Zerstäubern eine Wolke eisigkühler Wasser in die Luft hineingeblasen wird. Dadurch werden drei Wirkungen erzielt: Die Kondensierung entfernt allen Ueberschuß an Feuchtigkeit, durch welche die Luft im Freien ja häufig an heißen Tagen so schwer und drückend wird. Zugleich wird aber Staub entfernt, und drittens wird die Luft gekühlt. Die so vorbereitete Luft verfließt die Zerstäubungskammer mit einer Temperatur, die für den Theaterraum zu niedrig ist. Darum wird ihr eine gewisse Menge warmer Luft durch automatisch kontrollierte Zufuhrrohre beigegeben. Ein Saugfächer zieht die so gemischte Luft durch Metallrohre bis zur Decke des Theaterraumes. In gewissen Zwischenräumen sind dort Perforier angebracht, durch deren Wirkung die abgetühlte, reine Luft langsam über das Publikum hinweg ausgeblasen wird. Ein Zugwind entsteht nicht. Schließlich wird die Luft durch Öffnungen im Fußboden unter den Sigen wieder entfernt.

Die Yerba-Mate Südamerikas.

Von Friedrich Radczwill.

Nach Entdeckung der Gesteine des Rio de la Plata wurde den Patres der Gesellschaft Jesu Paraguay und Misiones, also das subtropische Wald- und Steppenland zwischen Rio Paraguay und Parana, zur Besiedelung angewiesen, das sie in kurzer Zeit zum blühenden Kulturmittelpunkt Südamerikas machten.

Die Kolonisten bemerkten, daß die eingeborenen, verhältnismäßig hochstehenden Guarani- und Tupigindianer beständig Blätter eines bestimmten Strauchs oder Baumes kauen, eben der Yerba-Mate (Ilex Paraguayensis D. C. Aquifoliaceae), die dort in den üppigen Urwäldern zwischen dem 18. und 20. Grad südlich vorkommt. Die Patres lehrten nun ihre Schützlinge, aus den Blättern und kleinen Zweigen der erwähnten Gattung sich einen Tee zu bereiten, wobei das hierin enthaltene, nerv-erlebende und verdauungsfördernde Alkaloid-Matein auch, aber weniger mühsam aufgeschloffen wurde. Die Yerba-Mate befähigte die vorwiegend auf Jagd und Sammeln der Waldfrüchte angewiesenen Indianer, ohne Ermüdung Strecken zurückzulegen, die den Europäern einfach lächerlich erschienen. Rasch lernten daher Spanier und Portugiesen diesen Jungbrunnen nach Gebühr schätzen, und auch heute noch ist das erste nach dem Aufstehen morgens, daß die mit silbernen Saugrohr versehene Kalebasse (Stierfürbischose) mit glühendheißem Mate die Runde macht, sei es im Hause, am Lagerfeuer oder wo auch immer. Mate ist der unverzichtbare Begleiter des hauptsächlich von einer riesigen Fleischeration lebenden Centauren der Pampas, des nervenstarken Gaucho, des Gombusinos in Patagonien und Feuerland. Der eilige Reiter, in der Ferne einen einsamen Rancho erspähend, tut etwas Mate in seine Kalebasse und läßt sie, ohne vom Pferde zu steigen, von irgendeinem Anwesenden mit heißem Wasser füllen, um sofort, nachdem er die Hitze mit Hilfe vertrieben hat, die Reife fortzusetzen. Kurzum: ein Leben ohne Mate erscheint den Bewohnern jener Gegenden undenkbar. Es ist das Glück, dem sie ihre oft außerordentliche Langlebigkeit zu verdanken glauben, und nichts vermehrt der Südamerikaner nach seiner Ankunft hier mehr als seine geliebte Yerba-Mate.

Zwar gelang es schon den Jesuiten, die damals in jenen Zonen mit unermüdlichem Eifer und durch Beharrlichkeit errungener großer Souveränität vorbildliches schufen, Kulturen des gerade wie Kakaos sehr anspruchsvollen Urwaldklimas anzulegen, indes ging diese Kenntnis später wieder verloren, so daß immer aufs neue förmliche Expeditionen ausgerüstet werden mußten, um die Grundlage für den so heiß — in des Wortes wörtlichster Bedeutung — begehrten Rohstoff herbeizuschaffen. Fanden die Forscher nun endlich einen Yerba-Mate, so wurde er nach all den Mühen in unermüdlichem Raubbau um so schonungsloser geplündert, wodurch die Bäume natürlich oft eingingen, so daß die Yerba immer seltener und das Suchen immer mühseliger, je gefährlicher wurde. Mit primitiven Mitteln wurde die Mate an Ort und Stelle geerntet und nahm hierbei den charakteristischen, von ihren eingeleichteten Fremden geschätzten Rauchscharf an. Dem Rauch schmeckt die Mate zunächst eisenähnlich, wie es uns ja fast mit allen später unentbehrlichen Dingen geht. Auch die Art des Trinkens erscheint ihm komisch, indes bald sieht er ein, welche eiten Schatz die Nachkommen der Conquistadoren in ihrem Rationalgetränk besitzen, und er wird, wie diese, überzeugter Mate-Trinker.

Operationen bei unseren Großvätern.

Vor der Erfindung des Chloroforms und des Aethers, durch die es möglich wurde, Operationen vorzunehmen, ohne daß der Patient etwas davon spürte, war jede Operation eine unergiebliche Menschenquälerei. Zwar weiß man aus dem Altertum, daß damals vor Operationen die Kranken betäubende Getränke bekamen, wodurch der Schmerz der Operation, wenn auch nicht aufgehoben, so doch zum mindesten stark gemildert wurde. Aber zwischen dem Mittelalter und der Neuzeit ist man offenbar von dieser Methode abgetommen, und noch im Beginn des vorigen Jahrhunderts hatten die Kranken das zweifelhafte Vergnügen, jeden Schnitt fühlen zu müssen. Aus den Erinnerungen der menschlich empfindenden Vertreter der Chirurgie jener Zeit läßt immer wieder das Bedauern über die Qualen der Kranken.

Es liegt auf der Hand, daß viele Chirurgen versuchten, durch möglichst schnelles Operieren die Leiden des Patienten zu mildern. Kam es doch bisweilen vor, daß operierte Patienten infolge des unentzähligen Schmerzes bald nach der Operation, ja, beinahe unwillkürlich, verstarben. Zu den Anhängern der schnellen Operationsmethoden gehörte der französische Chirurg Roux, der alle englischen Chirurgen einer nutzlosen und für den Patienten qualvollen Langsamkeit bei der Vornahme ihrer Operationen beschuldigte. Andere Chirurgen wiederum sprachen sich auf das entschiedenste gegen jede Eile in der Operation aus; die Vervollkommenheit der chirurgischen Technik sei bei schnellen Operationen unmöglich, erklärten sie, der Eingriff sei unsicher, ungenau und gefährlich, und infolgedessen gingen einzelne so weit, daß sie sich zu Verteidigern des entgegengesetzten Prinzips erklärten, indem sie behaupteten, daß eine Operation um so mehr Aussicht auf Erfolg habe, je langsamer sie vor sich gehe.

Zu den berühmtesten Chirurgen der damaligen Zeit gehörten Gräfe in Berlin und Langenbeck in Göttingen, der später in Berlin seine größten Triumphe feiern konnte. Gräfe glänzte durch seine angeborene Gewandtheit und gewisse technische Handgriffe, Langenbeck imponierte durch seine genaue Kenntnis der Anatomie. Er ist der Erfinder der Operationsmethode, die jedes gewaltame Einschneiden vermeidet und das Messer nur zugartig wie einen Biindbogen führt, was ihn nicht hinderte, sich gelegentlich bei einer Amputation durch einen zu schneidigen Messerzug ins eigene Bein zu schneiden.

Sein Gegenpart war Professor Lektor in Würzburg; er hatte das Prinzip der Langsamkeit bis zum Extrem durchgeführt, und seine Hörer erlebten oft genug folgendes Beispiel: Der Professor, der ein Bein amputieren will, sticht sein langes Messer so zögernd und langsam als nur möglich von vorn her durch die Muskeln des Schenkels. Das so hineingeführte Messer bleibt nun in dieser Stelle, und der Professor beginnt seinen Zuhörern zu erklären, welche Richtung er dem Messer zu geben, wie weit er es einzustößen gedenke usw.

Bald erkannte man, daß das Fehlen mancher Miersbeichwerden wie Sicht, Bodagra, im Mutterlande scheinbar unvermeidlich, seine Ursache im Mate-Trinken haben mußte, da diese Geiseln der Menschheit selbst im zwischen Küsten- und Hochfordere gelegenen Längsthal von Chile unbekannt blieben, trotz der ihm eigenen gewaltigen Temperaturstürze, die manch jungem Leben durch Lungenentzündung ein rasches Ende bereitet haben.

Wohl kein Südamerikaner oder heimgekehrter Deutscher verfaßte, uns auf dies köstliche Geschenk der subtropischen Sonne, die Aufmerksamkeit zu machen, das zwar schon längst von berühmten Gelehrten aller Kulturländer als äußerst wichtig für die menschliche Gesundheit geschätzt wurde und wird — auch in der Deutschen Arzneitaxe fehlen die „Mate-folia“ nicht —, indes, weil es bis in die jüngste Zeit hinein schon schwierig war, ihren Eigenbedarf zu decken, beklagten die Südamerikaner in leicht verständlichem Egoismus diesen Schoß für sich, und an nennenswerte Ausfuhr der Mate war nicht zu denken, trotzdem immer und immer wieder von berufener Seite auf ihre Vorzüge hingewiesen wurde.

Diese Vorzüge bestehen einmal darin, daß Mate nur ein Kaffeeersatz bzw. ein Ersatzmittel sozial Lamin enthält wie grüner oder schwarzer Tee und nach dem Urteil erster ärztlicher Kapazitäten und der allgemeinen Erfahrung harnsäuretreibend wirkt, wodurch sich heilende und vorbeugende Wirkung bei Rheuma, Gicht, Ischias, Migräne und sonstigen harnsäureablagerungen mit Folgeerscheinungen erklärt; andererseits wirkt sie mild abführend, daher allgemein gesundheitsfördernd, indem sie Selbstvergiftung des Organismus durch zu lange im Körper belassene Auswurfs- und Abfallstoffe hindert, übermäßigem Fettsaure vorbeugt und Hämorrhoidalallein lindert und heilend beinflusst.

Wie bekannt, enthalten China- und der meist getrunkenen Cola-tee etwa doppelt soviel Koffein wie Kaffee, weshalb man auch sagt, wer Kaffee nicht verträgt und dafür Tee trinkt, treibt den Teufel mit Beselgebud aus. So wenig nun schwacher Tee, mäßig genossen, und gelegentlich eine gute Tasse Kaffee einem gesunden Menschen schaden — fühlt man sich doch nach deren Genuss wie neu geboren —, so bleibt für diejenigen, deren Konstitution durch irgendwelche Einflüsse geschwächt ist, nur der schon im alten Mexiko geschätzte, keineswegs immer stopfende Kakaos, koffeinfreier Mate- oder Kornkaffee übrig. Können die Betroffenen nun ein anregendes Getränk schlecht milken, so ist — ohne jeden Zweifel — Yerba-Mate die bestmögliche Lösung.

Dem sich zeitweise, wenigstens für Südamerika, zur empfindlichen Kalamität ausgewachsenen Yerbamangel gründlich abgeholfen zu haben, ist vornehmlich Verdienst unferer deutschen Landwirte, die in Paraguay und im Rationalterritorium Misiones, einer der schönsten Gegenden Argentiniens, außer sonstigen Subtropenpflanzen auch die besonders pfleglich zu behandelnde Yerba-Mate anbauen und so nicht nur den Bedarf Südamerikas sicherstellen — trinken doch selbst die meisten Kaffeepflanzer Mate —, sondern auch zu unserm Heil deren Ausfuhr ermöglichen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die von deutschen Bauern gemauerte Mate durch ein rationelleres Erziehungsvorhaben nur den ihr eigenen und feineren Rauchscharf mehr hat, womit sie auf Verlangen allerdings auch geselekt wird. Die Pflanzungsrate ist der wild wachsenden zudem an Güte überlegen.

Nachdem er hierauf einen Lappen herausgeschnitten, ganz nach Maß und so langsam wie möglich, beginnt er aufs neue, seine Erörterungen über die Bildung eines zweiten Lappens. Dabei wendet er sich mehrmals mit der Mahnung an sein Auditorium: „So muß man operieren, meine Herren!“ Und das alles geschah, wie der berühmte Chirurg Pirogoff, einer der besten der damaligen Zeit, betont, ohne Anwendung schmerzauflösender Mittel und unter dem Hammerbeul der Wärrter der Wissenschaft oder, richtiger gesagt, des hirulosen Doktrinarismus.

Das älteste Berliner Druckwerk. Das Jahr 1540 hat drei Werke im Berliner Verlage des Druckers Hans Weß entstehen lassen, von denen am 6. März ein Exemplar auf der Auktion „Das alte Berlin“ bei Paul Graupe zum Ausgabot kommt. Es ist die Kirchenordnung des Kurfürsten Joachim II., zu deren Druck Weß aus Wittenberg, wo er viele Lutherdrude hatte erscheinen lassen, von Joachim nach Berlin berufen war. Diese reformatorische Kirchenordnung, ein stattlicher Quartband von fast 300 Seiten, mit Wappenholschnitten, Rotendruck in Holzschnitt usw., ist inhaltlich und typographisch von gleich hohem Werte. In die Kirchenordnung schließt sich der „Katechismus oder Kinderpredigt“, dann folgt ein Abschnitt „Von dem Gebrauch der heiligen hochwürdigen Sakramente, auch von den Zeremonien, so dabei gehalten, und anderen Kirchenübungen, die in Unserm Kurfürstentum und Landen abgetan oder gehalten werden sollen“. Der Tätigkeit des Druckers Weß in den Jahren 1540—1547 (er starb wohl schon 1545) haben in neuerer Zeit Schwente und Boullé eine aufklärende Untersuchung gewidmet. Nach dem Eingehen der Werkstatt von Weß gründete erst im Jahre 1574 Leonhard Thurneiser wieder eine Druckerei in Berlin.

Welches Tier brüllt am lautesten? Bei der Frage nach dem stimmkräftigsten Tier denkt man zunächst an den Löwen, dessen Gebrüll so laut und unheimlich klingt, daß man unwillkürlich den König der Wüste für den Besitzer der kräftigsten Stimme hält. Doch gibt es ein Tier, dessen Brüllen die Kontrast der Löwenstimme noch weit übertrifft. Es ist dies ein riesiges Kind, der in den ausgedehnten Wäldern der Bergländer Indiens einheimische Gaur (Bos gaurus), der im ausgewachsenen Zustand drei Meter lang und fast zwei Meter hoch wird, so daß ihn an Größe unter den Landsäugetieren nur noch der Elefant übertrifft. Dieses Riesentier besitzt eine Lunge, die sechsmal so groß ist wie die des Löwen. Wenn der Gaur losbrüllt, so klingt seine Stimme so gewaltig, daß man sie mit keiner anderen Tierstimme auch nur annähernd vergleichen kann. Das Gebrüll des Gaur klingt um so unheimlicher, als er oft mitten in der Nacht brüllt, weil es seine Gewohnheit ist, nur nachts zu weiden. Dem Menschen ist der Gaur verhältnismäßig selten gefährlich und auch nur dann, wenn er sich angegriffen glaubt. Sein Fleisch schmeckt wie gutes Rindfleisch und ist in Indien sehr geschätzt.

Ein neuer Kanarienvogel. Auf der englischen Nationalkonferenz von Kaniarienvögeln die im Londoner Kristallpalast eröffnet wurde, befinden sich 3845 Vögel aller Art, deren Wert mit 3 Millionen Mark angegeben wird. Die größte Zahl stellen die Kanarienvögel, und unter ihnen erregt besonders Aufsehen eine neue Art, die aus der Kreuzung zweier Kanarienvogel von verschiedener Spezies erzielt wurde und den Namen „Gloucester-Phonoth“ trägt.

Milliardenumsatz des Zentralverbandes.

Das Jahr 1927. — Mächtiger Aufstieg seit der Inflation.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg kann jetzt die Gesamtübersicht über die Vierteljahrsentwicklung des Jahres 1927 und die vergleichende Jahresübersicht für die Entwicklung der deutschen Konsumvereine seit 1924 veröffentlichen. Das Jahr 1927 rundet mit außerordentlich eindrucksvollen Ziffern die bisher schon im einzelnen verfolgte Entwicklung weiter ab.

Das vierte Vierteljahr 1927 erhöhte bei den berichtenden Genossenschaften (alle mit mehr als 400 Mitgliedern) gegenüber dem vorhergehenden Quartal den Umsatz der Vereine von 236,0 auf 278,6 Millionen Mark. Gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres liegt eine Steigerung von rund 43 Millionen oder fast 20 Proz. vor. Der Umsatz je Mitglied ist gegenüber dem vierten Vierteljahr des vorigen Jahres im letzten Quartal 1927 von 75,32 auf 97,73 Mark gestiegen. Die Geschäftsguthaben sind vom dritten zum vierten Quartal von 38,9 auf 43,1 Millionen erhöht. Die Spareinlagen sind weiter von 199,0 auf 206,3 Millionen vermehrt worden.

Biel eindrucksvoller kommt die Entwicklung der deutschen Konsumvereine in der vergleichenden Jahresübersicht seit 1924 zum Ausdruck, zu der sämtliche Vereine berichten und aus der wir die Hauptziffern im folgenden wiedergeben:

	1924	1925	1926	1927
Umsatz i. eig. Geschäft	548,7 Mill.	702,5 Mill.	811,4 Mill.	982,2 Mill.
Umsatz je Mitglied	159,32 M.	208,76 M.	253,10 M.	334,96 M.
Erfolge Mitglieder	3 444 218	3 364 984	3 205 984	2 932 175
Zahl der bericht. Gen.	1036	1033	1048	1026
Geschäftsguthaben	15,0 Mill.	26,1 Mill.	35,2 Mill.	44,4 Mill.
Davon durch Aufwert.	—	12,4 Mill.	12,5 Mill.	12,1 Mill.
Geschäftsguth. je Mitgl.	4,35 M.	7,77 M.	10,97 M.	15,15 M.
Spareinlagen	49,4 Mill.	82,7 Mill.	138,1 Mill.	207,5 Mill.
Spareinlagen je Mitgl.	14,37 M.	24,58 M.	43,06 M.	70,75 M.
Zuwachs an neuem Geld	8,3 Mill.	31,1 Mill.	55,0 Mill.	72,5 Mill.

Der Umsatz im Eigengeschäft wurde danach in den vier Jahren mit 882 gegen 589 Millionen fast verdoppelt. Die Milliarde ist bald erreicht und wird in diesem Jahre sicher überschritten. Da die Papierdaten ausgegliedert sind und gleichzeitig die Mitgliedschaft

mehr pro Kopf gekauft hat, ist der Umsatz je Mitglied mehr als verdoppelt. Wenn die Geschäftsguthaben pro Mitglied seit 1924 mehr als verdreifacht sind, so entfällt davon nur ein verhältnismäßig kleiner Teil auf die Aufwertung. Die Spareinlagen sind seit 1924 um mehr als 400 Proz. gestiegen. Wie die letzte Seite unserer Tabelle zeigt, ist das Tempo, in dem neues Geld den genossenschaftlichen Sparbanken zuwächst, außerordentlich groß.

Selbstverständlich macht sich gerade das Vertrauen der Mitglieder bei der Uebergabe der Spargelder an die Konsumvereine in der Leistungsfähigkeit der Vereine und der ganzen Organisation vielfach bezahlt, wofür die folgenden Ziffern wieder ein schlagender Beweis sind.

Jeweils im IV. Vierteljahr			
betrug	1925	1926	1927
Gesamtumsatz	202,7 Mill.	235,2 Mill.	278,6 Mill.
GEG-Umsatz	69,9	92,0	113,5
sind vom Gesamt-Umsatz	34,5 Proz.	39,1 Proz.	40,7 Proz.
Umsatz der GEG-Fabriken	10,2 Mill.	13,1 Mill.	21,1 Mill.
sind vom Gesamt-Umsatz	5,1 Proz.	5,6 Proz.	7,7 Proz.
" " GEG-Umsatz	15,2 Proz.	14,3 Proz.	18,6 Proz.

Der Gesamtumsatz ist an sich schon schnell gestiegen. Aber der GEG-Umsatz, mit anderen Worten: die Befestigung der Vereine durch eigenen Einkauf und eigene Produktion, ist noch schneller gestiegen: Der Anteil des GEG-Umsatzes am Gesamtumsatz der Vereine wuchs von 34,5 auf 40,7 Proz. Aber auch die Eigenherzeugung hat nicht nur damit Schritt gehalten, sie ist im Verhältnis noch schneller gewachsen als der Anteil der GEG. am Gesamtumsatz, nämlich von 5,1 auf 7,7 Proz. Das ist noch nicht genug, gewiß, aber in zwei Jahren ist es eine Steigerung des Anteils der Eigenproduktion um mehr als die Hälfte.

Die Konsumvereine und ihre Mitglieder können mit dieser Entwicklung zufrieden sein. Es geht sehr schnell aufwärts, und vor allen Dingen: es scheint mit dauernd erhöhter Wirtschaftlichkeit und mit ständig wachsendem Nutzen für die Mitgliedschaft aufwärts zu gehen. Allerdings nur ein Aufporren zu noch größerer Wirksamkeit dürfen die Erfolge der vergangenen Jahre sein.

Der Einfluß dieses Trusts greift also von Deutschland über Skandinavien und die Randstaaten bis nach der Schweiz und Italien. Da mit der englischen Industrie vom deutschen Linoleumtrust bereits vor einem Jahre ein Preis- und Lieferabkommen geschlossen wurde, so haben wir hier ein lückenloses europäisches Linoleummonopol vor uns. Die gegenüber dieser Monopolherrschaft winzigen Zufuhrquellen — in Deutschland die Rheinischen Linoleumwerke in Bebburg und ein mittleres Werk in Holland — werden kaum wider den Stachel leiden und froh sein, wenn man sie am Leben läßt.

Die Produktionsstärke innerhalb des Trusts verteilt sich auf Norwegen mit etwa 5 Proz., auf Schweden, Lettland und die Schweiz mit zusammen etwa 30 Proz. und auf die deutschen Werke mit rund 65 Proz. Damit auch der Kredit des internationalen Börsenkapitals sicher ist, sollen schon im nächsten Jahre die Aktien der Continental Linoleum Union an den großen europäischen Börsen eingeführt werden. Da für das abgelaufene Geschäftsjahr von den einzelnen Gesellschaften die sicher annehmbare Dividende von 15 Proz. verteilt werden soll und die Geschäftslage sehr günstig beurteilt wird, wird sich das internationale Finanzkapital kaum lange bedenken.

Wie man ein Großunternehmen ruiniert

Der Skandal bei dem Gußstahlwerk Witten.

Seidem das früher sehr rentable und vorsichtig geleitete Gußstahlwerk Witten zum Spekulationsobjekt der Stumm, Kisdner, Hoersch und schließlich des Stahltrusts wurde, ist es mit ihm von Jahr zu Jahr bergab gegangen. Die schon längst fällige Sanierung des Unternehmens ist immer und immer wieder hinausgeschoben worden und scheitert jetzt, wo die Erlitzung des Wertes ernstlich bedroht ist, an der Haltung der Aktionärsopposition.

Die Verwaltung hatte im Dezember und auch der jetzt wiederum einberufenen Generalversammlung die Zusammenlegung des Aktienkapitals von 10,4 auf 3 Millionen Mark vorgeschlagen. Damit sollten die Verluste der letzten zwei Jahre getilgt, die notwendigen Abschreibungen auf die Wertanlagen gemacht und durch Wiedererhöhung des Kapitals neue Mittel zu Rationalisierungszwecken beschafft werden. Die starke Minderheit der Aktionäre unter Führung des Eisenhändler Othenheimer sieht aber in diesem Sanierungsplan nur eine Spekulation des Stahltrusts, der auf diese Weise möglichst billig in den Besitz des Gußstahlwerks Witten kommen möchte und hat auch jetzt wieder die Vorschläge der Verwaltung zu Fall gebracht.

Die Rede des Aufsichtsratsvorsitzenden, eine scharfe Kritik an der Politik großkapitalistischer Interessenten, verdient festgehalten zu werden. Der Abstieg der Wertrentabilität begann danach schon bei der Goldmarkbilanz 1924, in der auf Betreiben der Großaktionäre die Umstellung um 2,6 Millionen Mark zu hoch angelegt wurde. Sodann habe das Werk seit sieben bis acht Jahren unter der Uneinigkeit und Eifersüchtelei der einzelnen Aktionärsgruppen gelitten, so daß die Verwaltung endlich einmal zur Ruhe kommen müßte, um sich auch anderen Aufgaben widmen zu können. (!) Durch die unterlassene Sanierung habe das Werk keine Mittel zur Erneuerung der Betriebe zur Verfügung gehabt und daher auch nicht einmal die Konjunktur ausnützen können. So seien z. B. von der dem Stahlwerk zustehenden Rohstahlquote von 197 000 Tonnen nur 113 000 Tonnen ausgenutzt worden. (Während die meisten anderen Werke ihre Quoten noch überschritten. D. Red.) Jetzt sei die Lage der Gesellschaft so ernst geworden, daß sein Fortbestehen nur die Frage einer begrenzten Zeit sei, und die Direktion es nicht verantworten könne, unter den gegebenen Verhältnissen weiter zu arbeiten.

In der Tat ein schönes Beispiel präventivkapitalistischer Betriebsführung. Während die Bergwerke in den Warmbetrieben tagaus, tagein schufteten müssen, bringen die Rührer dieser Arbeit durch jahrelange Eifersüchteleien und gegenseitige Minierarbeit das Werk an den Rand des Ruins. Eine Ganzkonjunktur steht ein, aber es sind keine Mittel vorhanden, um sie auszunutzen: die Gesellschaft ist aus falscher Rücksicht auf die Aktionäre überkapitalisiert, scheut aber eine Sanierung. Seit Dezember verlassen die Ratten das sinkende Schiff. Erst traten die vier Bankiers aus dem Aufsichtsrat aus, dann zog der Stahltrust seine Mitglieder mit großer Geistes und jetzt möchte die Direktion am liebsten auch das Schiff verlassen.

Ein Fall für viele. Aber er genügt zum Beweis, wie in der Großindustrie Millionenwerte verschleudert werden oder verfallen, wenn es den kapitalistischen Interessenten in ihre Linie paßt. Wenn es sich aber um eine menschenwürdige Regelung der Arbeitszeit handelt oder um Lohnerhöhungen notwendigen Ausmaßes, dann ist von Uneinigkeit nichts zu spüren, und jeder Pfennig ist zuviel.

Deutsche Wohnungsbau-Bilanz 1927.

Aus dem ersten Februarheft von „Wirtschaft und Statistik“ können jetzt genauere Angaben über den Wohnungsbau im vergangenen Jahr 1927 entnommen werden. Zwar ist die Ziffer von 270 000 Wohnungen für das ganze Reich noch immer erst aus den genaueren preussischen Erhebungen geschätzt, aber sie übertrifft doch die bisherigen Schätzungen noch um 20 000 Wohnungen. Für Preußen wurde festgestellt, und zwar für sämtliche Gemeinden, daß das Jahr 1927 176 173 neue Wohnungen brachte, gegenüber 120 762 im Jahre 1926.

Diese Statistik wird jetzt durch Einzelerhebungen für 93 deutsche Städte mit über 100 000 bzw. von 50 000 bis 100 000 Einwohnern ergänzt. Diese 93 Städte vollendeten im Jahre 1927 insgesamt 105 141 Wohnungen gegenüber 75 355 im Jahre 1926. Die Zahl der insgesamt vollendeten Gebäude beträgt 32 617 gegen 26 578, davon Wohngebäude 27 049 gegen 21 216. Von dem reinen Gebäudezugang in den 93 Groß- und Mittelstädten waren Wohngebäude 83 Proz. gegen 79 Proz. im Vorjahr, Gebäude für gewerbliche Zwecke 16 gegen 20 Proz. im Vorjahr und öffentliche Gebäude wie im Jahre 1926 ein Prozent.

Kein Nachlassen der Eisenkonjunktur.

Die von der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ jetzt veröffentlichten Ergebnisse der Rohstahlgewinnung und Walzwerkeleistungen im Januar lassen einen durchaus günstigen Verlauf der Eisenkonjunktur im neuen Jahr erkennen. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Baumarkt im Januar noch gänzlich still lag.

Die Leistung der deutschen Walzwerke entspricht mit 1 689 268 Tonnen fast genau den Dezemberergebnissen mit 1 685 244 Tonnen. Die arbeitsmäßige Leistung war im Januar um rund 155 Tonnen höher. Ueberraschend gut sind die Ergebnisse der Rohstahlgewinnung im Januar, wenn auch noch den bereits veröffentlichten Rekordziffern in der Roheisengewinnung ein Mehr gegenüber dem Dezember zu erwarten war. Mit 1 469 455 Tonnen erzeugten die Stahlwerke rund 100 000 Tonnen mehr als im Dezember, was einer Steigerung der arbeitsmäßigen Leistung von 52 731 auf 56 517 Tonnen entspricht. Da bei günstiger Witterung schon im nächsten Monat mit einem Einsetzen der Bau- saison gerechnet werden kann, so wird die Eisenindustrie, abgesehen von der schon recht günstigen Weltmarktkonjunktur, von dieser Seite eine neue Anregung erhalten.

Noch ein günstiger Maschinenabfluß. Die Norddeutsche Waggonfabrik A.-G. in Bremen mußte im Frühjahr 1927 noch dem hohen Verlust des Vorjahres von mehr als einer Million Mark ihr Kapital von 3 auf 1,2 Millionen Mark zusammenschließen und erhöhte es um 1 Million Mark; um für den von der Reichsbahn geforderten Austausch der notwendigen Mittel zur Betriebsumstellung zur Hand zu haben. Der scharfe Einschnitt in das Kapital sowie die technische Umstellung haben sich bewährt. So wird jetzt ein Betriebsgewinn von 1,2 Millionen Mark ausgewiesen, von dem noch Abzug sonstiger Unkosten und Abschreibungen ein Reingewinn von rund 147 000 M. verbleibt, der nach 5 Jahren zum erstenmal wieder eine Dividende in Höhe von 5 Proz. zuzüßt. Dabei sind außer den normalen Abschreibungen von 0,64 Millionen Mark in der Höhe des Vorjahres noch Sonderabschreibungen von 0,16 Millionen Mark vorgenommen, die den Reingewinn auf 300 000 M. erhöhen, ein Zeichen, wie rechtlich das Werk nach der Sanierung gearbeitet hat. Die Unkosten sind trotz des gestiegenen Umsatzes weiterhin auf 0,64 Millionen Mark gesunken und liegen 20 Proz. unter 1925. Im neuen Geschäftsjahre hoben sich seit dem Oktober die Abschreibungen bedeutend erhöht und da auch der neue Auftragsbestand weit über dem des Vorjahres liegt, sind die Aussichten für das Unternehmen günstig.

Vom Berliner Bankverein, an dem sich auch das Reichswehrministerium beteiligt hatte, hatten wir kürzlich mitgeteilt, daß sich die Deutsche Girozentrale vollständig auf den Aufsichtsrat zurückgezogen hat, und daß „honorige Leute und Banken“ sich also noch den politischen Affären für den Aufsichtsrat nicht mehr zu interessieren scheinen. Der Berliner Bankverein legt Wert auf die Feststellung, daß der frühere Direktor der Girozentrale in Frankfurt a. M., Herr Dr. Röder, dem Vorstande des Berliner Bankvereins angehört. Unsere Bemerkung sollte offensichtlich eine politische und keine persönliche Kritik der Herren des Bankvereins sein. Daß im übrigen es in der Tat schwer sein wird, Beteiligungen am Bankverein vorteilhaft zu veräußern, ergibt sich daraus, daß trotz der Zusammenlegung des Aktienkapitals von 4 auf 1 1/2 Millionen Mark im Jahre 1925/26 keine Dividende verteilt wurde und im Jahre 1926/27, wie wir bereits meldeten, sogar ein Verlust eintrat.

11-Millionen-Dollar-Anleihe für die Elektrizitätswerk Schlefien A.-G. Die von uns kürzlich mitgeteilte Absicht der Elektrizitätswerk Schlefien A.-G. in Breslau auf Beschaffung einer Auslandsanleihe zur Errichtung eines schlesischen Gemeinheitswerks mit der Besurei und den Reichselektrikwerken zusammen wird jetzt durch eine Meldung dahin ergänzt, daß es sich um eine Anleihe von 11 Millionen Dollar oder rund 45 Millionen Mark handeln soll. Die 11 Millionen Dollar sind der Rest aus einem 1926 mit dem Bankhaus Harris, Forbes u. Co., New York, abgeschlossenen Anleihevertrages von insgesamt 15 Millionen Dollar, aus dem bereits 4 Millionen Dollar im Februar 1926 geleistet wurden.

Kapitalerhöhung der Preußenkasse. Wird sich das Reich beteiligen? Wie wir erahnen, beabsichtigt die preussische Regierung das Aktienkapital der Preußenkasse zunächst um 30 Millionen Mark zu erhöhen. Eine Beteiligung des Reiches an diesem landwirtschaftlichen Zentralinstitut in derselben Höhe wird als erwünscht bezeichnet. Man kann schon in den nächsten Tagen eine entsprechende Vorlage im Preussischen Landtag erwarten, bei der zugleich eine Veränderung des Gesellschaftsstatuts zur Sprache kommen wird. Das bisherige Kapital der Preußenkasse beträgt 58,5 Millionen Mark, von denen 45 Millionen Mark sich in den Händen Preußens befinden und 13,5 Millionen Mark von den Genossenschaften vertreten werden.

Die Preussische Landesprevidenzkasse veröffentlicht heute in unserem Interatenteil eine Aufforderung zur Zeichnung auf eine 8prozentige, reichsmündeliche Kommunalanleihe von 2 Millionen Mark. Die Anleihe wird zum Vorzugskurs von 95,5 Prozent begeben. Außerdem werden zur Zeichnung 2 Millionen Mark 8prozentiger Goldpfiandbriefe zum Vorzugskurs von 98 Prozent aufgelegt.

Frachtarbeit in Frankreich erhöht. Der Oberste Ellenbahnerat Frankreichs hat gestern mit 41 gegen 24 Stimmen eine allgemeine zwölfprozentige Erhöhung des französischen Gütertarifes beschlossen. Bei einigen wichtigen Lebensmitteln soll diese Erhöhung jedoch auf 10,8 Proz. ermäßigt bleiben. Dagegen stimmten sämtliche Gewerkschaftsvertreter, wegen der aus dieser Maßnahme zu befürchtenden Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Die Mannesmann-Röhrenwerke im tschechischen Komotau haben 600 Arbeiter auf unbestimmte Zeit beurlaubt. Die Maßnahme soll mit Abzahlungen zusammenhängen.

Die Macht der Konzerne.

Neue Aufschlüsse und berichtete Ziffern.

Den ersten Einblick in die Herrschaftsmacht und Ausdehnung der Konzerne gewährt die im vorigen Jahre erschienene Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, die für die Ende 1926 bestehenden konzernmäßigen Kapitalbindungen die riesenhafte Summe von 13,24 Milliarden oder nicht weniger als 60 Prozent des gesamten in Deutschland vorhandenen Aktienkapitals feststellte. Diese Statistik wird jetzt in interessanter Weise vom Statistischen Reichsamt für den 31. Oktober 1927 berichtet und ergänzt.

Es sind die Doppelzählungen ausgeschlossen worden, die hier natürlich besonders häufig sind. Aber auch die Berücksichtigung dieser Doppelzählungen kann an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern. Ohne Doppelzählungen ist das tatsächliche Gesamtkapital aller deutschen Aktiengesellschaften mit 18,12, mindestens aber mit 17,48 Milliarden anzunehmen. Von diesem Gesamtkapital sind in Konzernen — ebenfalls nach vorgenommener Berichtigung — 11,45, mindestens aber 10,81 Milliarden vereinigt. Die nicht berichteten Ziffern ergaben für den diesmaligen Stichtag, den 31. Oktober 1927, einen Anteil des konzernmäßig gebundenen Kapitals von 68,8 Prozent am Gesamtkapital. Die Statistik des Reichswirtschaftsministeriums ergab für Ende 1926 nur 65,1 Prozent. Die neuere Statistik für Ende Oktober 1927 soll aber umfassen sein, so daß nicht auf eine entsprechend gestiegene Konzernbildung zu schließen sei, was natürlich offen bleiben muß. Nach der Bornahme der Berichtigungen bleiben am 31. Oktober 1927 immer noch 68,2, mindestens aber 61,9 Prozent des gesamten deutschen Aktienkapitals konzernmäßig gebunden.

Sehr interessant zu beobachten ist, daß die Industrien mit den durchschnittlich höchsten Kapitalien bei der einzelnen Gesellschaft auch am stärksten konzerniert sind, und daß zugleich das Durchschnittskapital der Konzerngesellschaften erheblich ansteigt. In der Stahlindustrie sind bei einem durchschnittlichen Nominalkapital aller Aktiengesellschaften von 34 Millionen Mark 90,1 Prozent; des gesamten Aktienkapitals der Industrie konzerniert, wobei auf die 20 Konzerngesellschaften im Durchschnitt ein konzerngebundenes Kapital von 50 Millionen entfällt. 97,6 Prozent des Kapitals in mit dem Bergbau verbundenen Unternehmen stecken in Konzernen, und die Konzerngesellschaften haben ein Durchschnittskapital von 65 Millionen gegenüber dem Durchschnitt sämtlicher Gesellschaften des Zweiges von nur 35 Millionen.

Absolut am schwächsten ist die Holzindustrie konzerniert, bei der nur 3,1 Prozent des in ihr vorhandenen Aktienkapitals auf Konzerne entfallen. Des Aktienkapital der Brauntollengewinnung ist mit 95,5, daß der Großeisenindustrie mit 81,3, der elektrotechnischen Industrie mit 83,6, der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung mit 83,1, der chemischen Industrie mit 77,8, der Maschinen-, Apparate- und Farbstoffindustrie mit 40,2, der Textilindustrie mit 36,9 und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 35,8 Prozent in Konzernen gebunden.

Internationale Vertrustung marschieren.

Europäischer Linoleumtrust unter deutscher Führung.

Ein jetzt in Zürich abgeschlossener internationaler Linoleumtrust-Vertrag kommt nicht überraschend, wenn er auch den erwarteten Umfang bei weitem überschreitet. Unter Führung des deutschen Linoleumtrusts, der Deutschen Linoleumwerke A.-G., Berlin, schließen sich jetzt schwedische, norwegische, deutsche und Schweizer Werke in der Dachgesellschaft Continental Linoleum Union in Zürich zusammen. Diese Gesellschaft wird bei einem Kapital von 28 Millionen Schweizer Franken nur als sog. Holding-Gesellschaft auftreten, d. h. nicht selbst produzieren, sondern nur die Aktienmehrheit der eigentlichen drei Betriebsgesellschaften verwalten. Diese drei Betriebsgesellschaften sind:

die deutschen Linoleumwerke A.-G., Berlin, mit 30 Millionen Mark Aktienkapital, sieben Werken und etwa 4000 Mann Belegschaft;

die Linoleum-Att.-Bolaget Forsbaga in Schweden, die je ein norwegisches und lettisches Werk beherrscht. Kapital 6 Millionen Kronen (durch Aktienmehrheit von Deutschland beherrscht);

die Linoleum A.-G. Giubiasco, Schweiz, mit 5 Millionen Schweizer Franken, der auch ein italienisches Werk angegliedert ist (ebenfalls mit starker deutscher Beteiligung).

„Erbguthüter“ und Eheberatung.

„Volksaufklärung“ — ein Donnerwort, das fatal an Wehrhaftmachung“ und ähnliche Begriffe aus der völkischen Rhetorik erinnert. Aber das ist nur die nicht recht gegliederte Uebersetzung des griechischen Wortes „Eugenik“. So war der erste Eindruck der Veranstaltung des „Bundes für Volksaufklärung und Erbkunde“ im Herrenhaus beruhigend. Zuerst sprach

Prof. v. Drigalski.

Stadtmedizinalrat von Berlin, über Fragen der Eheberatung. Er bezeichnete es als eine der Hauptaufgaben der Eheberatung, das Zustandekommen von vornehmlich ungesund, brüchiger Ehen zu verhindern, und brüchig sei von Anfang an jede Ehe, bei der die Gesundheit des einen Partners durch den anderen gefährdet sei. Besonders kämen heute aktive Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten als wichtigste Ehehindernisse in Frage. Mit der zunehmenden Aufklärung über das Wesen der Geschlechtskrankheiten werde in den Ratsuchenden auch der Wunsch nach Sicherung vor einer Ansteckung durch den Ehepartner wach; merkwürdigerweise werde dagegen trotz aller Aufklärungsarbeit selbst offene Tuberkulose des anderen Teils meist nicht sehr ernst eingeschätzt. Die Zukunftsaufgabe der Eheberatungsstellen aber sei es, neben diesen Beratungen der einzelnen Partner der erbbiologischen und anthropologischen Forschung zu dienen. Das „Erbgut“ der Nation müsse erhalten werden. Es seien zu den Eheberatungsstellen als Ergänzung des ärztlichen Beraters Geistliche der verschiedenen Konfessionen zuzuziehen, da die Ratsuchenden sich oft lieber einem Geistlichen anvertrauen würden und dem Arzt gegenüber ihre Scheu nicht überwinden könnten. Geldehen aber seien für das „Erbgut“ nicht so verderblich, wie allgemein angenommen würde, denn anscheinend vererbte die „Tüchtigkeit“, die Geschlechter im Selberwerb bewiesen hätten, auch einwandfreie Erbkualitäten. Bedauerlich sei dagegen die Anvermischung wertvollsten Erbgutes durch die gerade in geistig hochstehenden Kreisen (als welche der Herr Professor die Akademiker betrachtet) so verbreiteten Geschlechtskrankheiten, die die von ihnen infizierten auch nach der Heilung oftmals unfruchtbar machten. Die beste positive Leistung der Eheberatung sei jedenfalls die Befreiung persönlicher Bedenken, wenn gewissenhafte Untersuchung deren Unbegründetheit ermittelt habe.

Als zweiter Redner sprach

Prof. Post, Hamburg.

über erbliche Krankheiten. Dankenswerterweise stellte er seinem Lichtbildvortrag ein lehrreiches Bild zweier Schweine voran, zweier Schweine von gleichen „Erbqualitäten“, die aber bei verschiedenem Futter aufgezogen worden waren, ein Rastschwein und ein verkümmertes Wagereschweinchen, beide aus demselben Wurf stammend. So, erklärte er, seien auch bei den Menschen nicht allein die „Erbqualitäten“ ausschlaggebend, sondern auch die Bedingungen, unter denen seine Aufzucht stattfände. Die Erbkunde, als eine noch junge Wissenschaft, und die Lehre von der Uebertragung von Krankheiten und Krankheitsdispositionen durch die Erbmasse oder „Gene“ sei noch wenig bekannt. Nicht immer werde die schlechte Erbkualität einfach auf die gesamte folgende Generation übertragen, es gäbe geschlechtsgebundene Anomalien (z. B. gibt es bedeutend mehr farbenblinde Männer als Frauen) und Schädigungen, die nur bei einer Häufung schlechter Erbmasse austräten. Darum seien die Abstammlinge aus Verwandenehen so besonders gefährdet, weil hier jeder der anscheinend gesunden Elternteile der latente Träger gleich tranker Erbmasse sein könne, und durch eine Häufung der rezessiven Erbmasse in den Nachkommen dann die Krankheiten der Vordäter zum Durchbruch kämen. Besonders wies der Vortragende noch auf die Tatsache hin, daß bei den Krankheiten (im Gegensatz zu den Mißbildungen) nicht die Krankheiten als solche, sondern oft nur die Dispositionen zu diesen Krankheiten im Genenschatz des Menschen verankert liegen, so daß wohl ein „erblich belasteter“ Mensch lebens-

lang gesund bleiben kann, wenn er vor den ihm gefährlichen Schädigungen bewahrt bleibt. Zum Schluß ging der Vortragende noch auf die bisher noch völlig unbefangenen Beziehungen ein, die zwischen der äußeren Erscheinung und den psychischen Anlagen bestehen, und erklärte die Methodik der Erbmasseforschung, deren wertvollstes und ausschlusreichstes Material von den sehr ähnlichen sog. Identischen, eineligen Zwillingen geliefert würde. Die von beiden mit zur Welt gebrachten Anomalien und Krankheiten (Schiefen, Hofenscharte, Bluterkrankheit) gäben am besten Aufschluß darüber, was als durch Erbsmasse übertragbar anzusehen sei.

Die ausschlusreichen Ausführungen des letzten Vortrages wurden durch eine reiche Auswahl von Lichtbildern unterstützt, die die verschiedensten Erbmissbildungen bedingten Krankheiten zeigten: Epilepsie, Kramp- und Muskelkrankungen, erbliche Schwerhörigkeit, besonders starke Grade von Kurzsichtigkeit sowie die Mißbildungen: Trichterbrust, Kurzsichtigkeit, Klumpfuß, Hofenscharte usw., und so war der Vortragsabend wenigstens in seinem letzten Teil eine angenehme Enttäuschung.

Das Verjüngungsproblem.

Im Gesundheitshaus am Urban hielt Professor Hermann Zondek in einer gut besuchten Versammlung einen Vortrag über das Problem der Verjüngung. Er erklärte an Hand guter Lichtbilder die Hauptgesichtspunkte des Problems. Die Ursache des Alters ist ein Versagen der Drüsen der inneren Sekretion, zu denen beim Mann die Hoden, bei der Frau die Eierstöcke, ferner die Schilddrüse, die Rinde der Nebenniere und die Hirnanhangsdrüse (Hypophyse) gehören. Die letztere, die kaum ein halbes Gramm wiegt und in drei verschiedene Teile zerfällt, regelt das Längenwachstum des Menschen.

Das Streben nach Verjüngung des alternden Menschen ist so alt wie die Menschheit selbst. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus beschäftigte sich zuerst damit der berühmte französische Physiologe Brown-Séquard, der sich im Jahre 1889 Hodenertrakt einspritzte und als siebzehnjähriger Mann wieder jugendliche Leistungsfähigkeit in sich fühlte. Der nächste, der sich wieder damit eingehend beschäftigte, war Professor Steinach, der die Unterbindung der Samenstränge beim Mann vornahm und dadurch ein besonderes Wachstum des sogenannten Zwischengewebes des Hodens herbeiführte. Der dritte Forscher auf diesem Gebiet ist Professor Boronoff, der Hodengewebe vom Affen seinen Patienten einpflanzte.

Welches sind aber die praktischen Folgen dieser Operation? Es findet ein tatsächliches Wiederaufleben des alternden Organismus statt, das sich meistens in einem Wiederaufflammen der Sexualempfindungen äußert, aber nach kürzerer Zeit, einigen Wochen bis Monaten, wieder unwiderruflich verschwindet. Das ist auch erklärlich, denn letzten Endes sind ja im Alter alle Zellen des Körpers gealtert und einzelne Zellen können deshalb nicht eine vollkommene Wiederherstellung des Individuums hervorrufen. Unsere chemische Industrie, der es heute schon gelungen ist, die Produkte der Schilddrüse, der Eierstöcke, der Bauchspeicheldrüse usw. künstlich zu erzeugen, dürfte es wohl auch gelingen, einmal alle Drüsenextrakte chemisch herzustellen und dann dürfte auch die Zeit gekommen sein, daß der Mensch zwar nicht in dem Maße verjüngt wird, daß aus einem alten Individuum ein jugendliches wird, sondern daß die Alterserscheinungen vor ihrem Entstehen gebannt werden.

Das Wesentlichste dieses Vortrages für Ne Allgemeinheit ist es, daß Professor Zondek vor den mit martialischerer Klame angepriesenen Verjüngungsmitteln warnte, die letzten Endes nur den Geldbeutel des Fabrikanten füllen, aber nicht die Alten wieder jungmachen können.

Alles nach Maß.

Auch die Schneider machen eine Werbemache. Viele Kluge und in ihrem Grunde berechnete Worte wurden gesprochen; aber immerhin muß gesagt werden, daß die Herren, als Meister und Vertreter großer Verbände und Firmen, aus ihrer Sphäre heraus die Distanz zur kraffen Wirklichkeit verlieren; aber das geht ja nicht den Schneidern allein so. Es wurde für Maßarbeit in erster Linie plädiert, d. h. das kann doch nur auf Kosten der viel größeren Konfektionsindustrie geschehen? Um die Preise für das laufende Publikum nicht noch mehr zu belasten, müßte den Forderungen der Gehilfen nach Lohnerhöhungen, die ihre äußerste Grenze erreicht hätten, ein Riegel vorgeschoben werden. Hat eine solche Einstellung der Unternehmer nicht zur Folge, daß die qualitativ guten Arbeiter dann doch lieber zur Konfektion abwandern, wenn sich hier die Möglichkeit für sie bietet, ihre Löhne zu verbessern? Man zäumt also das Pferd am falschen Ende auf. Richtig ist die Forderung, das deutsche Publikum müßte sich nur an deutsche Roben gewöhnen und keine Auslandsbezugsstoffe verlangen, es müßte auch solche Preise zahlen, daß die Fabrikanten in der Lage wären, die hochwertigen Auslandsrohstoffe in Deutschland verarbeiten zu können. Nun kostet aber ein Anzug nach Maß nach Tarif 1 und 2 250 bis 350 M., da erhebt sich die Frage, wer vom Mittelstand und aus Arbeiterkreisen solche teuren Sachen in Auftrag geben kann? Sehr richtig war die Feststellung, daß der Beruf überfüllt sei und speziell der ganze Frauenüberschuß im Schneidergewerbe Verdienst sucht (was offenbar doch auch auf die Löhne drückt), und daß es darum nationale Pflicht sei, diesen Massen auch Beschäftigung zu geben. Aber all das sind Fragen, die nur oberflächlich den Kernpunkt der Misere berühren.

Unser Standpunkt ist der, daß Schneider und Fabrikanten unter sich bemüht sein müssen, ihre hohen Verdienstspannen gegeneinander herabzusetzen und daß es nie und nimmer mehr auf dem Rücken des Arbeitnehmers geschehen kann, dazu sind die Verhältnisse in diesem Gewerbe schon allzu betrüblich. Und damit das geschehen wird, wollen wir auch mit die ersten sein, die „deutsche Ware“, „deutsche Mode“, „deutsche Maßarbeit“ im Sinne des Werbgedankens propagieren helfen.

Der Milchhandel am Sonntag.

Der Polizeipräsident hat durch Verordnung vom 23. Februar 1928, abgedruckt im Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Berlin vom 25. Februar 1928, Stüd 8, mit Wirkung vom 1. März 1928 die Sonntagsruhe bei der Zustellung von Milch an die Kundhaft neu geregelt. Danach ist das Feilbieten von Milch auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und an anderen öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus (im ambulanten Handel) künftig ebenso wie in den Milchverkaufsstellen) nur in der Zeit von 6 bis 11 Uhr vormittags gestattet. Auch im ambulanten Handel darf nur frische Milch (frische Milch jeder Art sowie Sahne) abgegeben werden. Andere Molkeerzeugnisse oder andere Waren dürfen nicht feilgeboten werden.

Veranstaltung für die Geschichte Berlins. Sonabend, 23. Februar, 10 Uhr, spricht Prof. Dr. Anton-Erdmann im Bürgercafé des Berliner Rathauses über: „Das Potsdamer und das deutsche Reich.“ Mit Lichtbildern. Gell, Tamen und Dapen, willkommen.

Die Gartenstadt Jüterberg veranstaltet Sonntag, den 26. Februar, in ihrem Gemeinshaus, Bismarckstr., einen Unterhaltungsabend mit Musik, Sprechwerk, rhythmischen Tänzen u. a. Beginn 10 Uhr. Eintritt frei.

Die Jahrestauschbörse der Groß-Berliner Entomologischen Vereine findet am 4. März in den Residenzstellen, Landberger Str. 31, von 9.30 bis 14 Uhr statt. Herorragendes Material an Insekten wird für Naturalienliebhaber zu beschaffen sein.

Vom Werden der Erde und des Irdischen. Am Dienstag, 28. Februar, abends 8 Uhr, hält Bruno H. H. r g e l auf Einladung des Volksbildungsamtes Prenzlauer Berg in der Aula des Luisenstädtischen Gymnasiums, Gleimstr. 49, nahe Stadtbahn Schöndorfer Allee, um 8.15 Uhr, einen Vortrag mit Lichtbildern: „Vom Werden der Erde und des Irdischen“. Karten je 60 Pf. Volksbildungsamt, Nummer 20; Gleimstr. 49, in den mit Plakaten bezeichneten Stellen und an der Abendkasse.

Messe

Verlangen Sie das verstärkte Format und überzeugen Sie sich von der verbesserten Qualität!

